

Kein selbstverwaltetes Jugendzentrum in Graz (Seite 3)

28. Oktober 1976

Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 7 PETERS FALL
- 10 REVOLUTION ODER KONTER-
REVOLUTION IN UNGARN ?
- 15 GENERALSTREIK IN FRANK-
REICH
- 20 MAOS LEHREN - VERÄNDERTE
LEBENSFORMEN ?
- 22 SÜDAFRIKA VOR DER
REVOLUTION ?

Wir sind alle Slowenen!

Wollen auch Sie die Slowenen wegzählen?

Erklärung des Wiener Solidaritätskomitees zur Förderung und für die Rechte der slowenischen und der kroatischen Volksgruppe in Österreich:

Das Wiener Solidaritätskomitee stellt zu der für den 14. November geplanten Minderheitenfeststellung in Form einer "Sprachenerhebung" fest:

1.) 21 Jahre nach dem Abschluss des österreichischen Staatsvertrages sind noch immer wesentliche Punkte des Artikels dieses Vertrages, in dem die Rechte der nationalen Minderheiten festgelegt sind, nicht erfüllt.

Der völkerrechtlichen Verpflichtung, die Existenz der in der Zeit des Hitlerfaschismus durch Verfolgung und Aussiedlung schwer getroffenen Minderheiten durch entsprechende wirtschaftliche, schulpolitische und andere kulturelle Massnahmen zu sichern und zu fördern, sind die Regierungen der Zweiten Republik bisher nur halbherzig und ungenügend nachgekommen. Stattdessen wurde und wird aus wahltaktischen Überlegungen den minderheitenfeindlichen Forderungen deutschnationaler, ihrem Wesen nach antiösterreichischen und antidemokratischen Kräften entsprochen.

Dies geht aus den im Jahr 1959 beschlossenen Minderheitengesetzen ebenso hervor wie aus den nun be-

DEMONSTRATION AM 5. II. → Seite 4



schlossenen Volksgruppengesetzen, in denen keinerlei konkrete Massnahmen zur Förderung und Sicherung der Existenz der Minderheiten vorgesehen sind, die vielmehr den Rahmen zu weiterer Beschneidung der Rechte der Minderheiten abgeben.

2.) Obwohl weder der Artikel eine Zählung der nationalen Minderheiten als Voraussetzung für die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten vorsieht, noch eine solche Vorgangsweise den internationalen Gepflogenheiten entspricht, wurde von den im Parlament vertretenen Parteien eine derartige Zählung als Bedingung für die Erfüllung des Artikel beschlossen.

Seite 2



Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen - bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT / 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ - Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1020 Wien, Franz-Hochedlingergasse 6 Tel. 3383374

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Einzelpreis: S 5,-
Abonnement: S 50,- (jährlich).

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien.

3.) Das Ergebnis dieser Minderheitenfeststellung in Form einer Sprachenerhebung wird auf jeden Fall unbrauchbar sein,

o da mit einer Zählung im Jahr '76 nicht die Situation des Jahres '55 rekonstruiert werden kann - jedoch allein die Gegebenheiten zum Zeitpunkt des Abschlusses des Staatsvertrages in diesem Zusammenhang relevant sein können.

o da unter dem derzeit in Kärnten herrschenden minderheitenfeindlichen Klima den Angehörigen der Minderheiten eine Zählung nicht zugemutet werden kann und von einem freien Bekenntnis der Kärntner Slowenen zu ihrem Volkstum keine Rede sein kann.

4.) Aus diesen Gründen und angesichts der Tatsache, dass das Siedlungsgebiet der Minderheiten hinlänglich bekannt ist, rufen die Solidaritätskomitees im Einvernehmen mit den autorisierten Vertretern der Minderheiten zum Boykott der Minderheitenfeststellung auf.

Wegen der unterschiedlichen Bedingungen innerhalb und ausserhalb der Siedlungsgebiete der Minderheiten soll dieser Boykott jedoch auf unterschiedliche Weise vollzogen werden:

o Im Siedlungsgebiet der Minderheiten, also in Kärnten und im Burgenland: der Zählung fernbleiben oder ungültig stimmen

o Ausserhalb des Siedlungsgebietes der Minderheiten: als bewussete Form der Solidarisierung mit der Minderheit das Eintragen von "slowenisch" auf dem Stimmzettel.

Daneben gibt es die Möglichkeit, den Protest gegen die Minderheitenfeststellung durch ungültige Stimmgabe oder Fernbleiben von der Zählung auszudrücken.

5.) Wenn durch diese Formen des Boykotts das Ergebnis dieser Minderheitenfeststellung etwa in Wien mehr Slowenen als in Kärnten ergibt, wird auch für die mit der Materie weniger vertrauten Kreise eindeutig klar gestellt sein, dass der bislang beschrittene Weg einer Minderheitenpolitik über die Köpfe der Minderheiten hinweg falsch und nicht zielführend ist.

Diese Formen des Boykotts tragen dazu bei, die Bundesregierung davon zu überzeugen, dass es nur eine Möglichkeit zur Lösung des Minderheitenproblems gibt: direkte Verhandlungen mit den autorisierten Vertretern der slowenischen und kroatischen Volksgruppe.

DIE MUTTERSPRACHE WIENER DEMOKRATEN AM 14. NOVEMBER IST SLOWENISCH !



ARENA LEBT!!!

R.I.P.

fortschrittliche Wiener
KULTURPOLITIK
nach langem Dahinsiechen
ENTGÜLTIG VERSTORBEN
die Hinterbliebenen werden gebeten
sich in angemessener Kleidung
am TRAUERMARSCH zur BE-
STÄTTUNG DER STERBLICHEN
ÜBERRESTE im RATHAUS
einzufinden:
Fr. 22.10.1976 Rochusplatz
Uhrzeit wird noch bekanntgegeben

Da der Arbeitsaufwand für die Weiterführung der Arena-Bewegung nach der Räumung des Schlachthofs so groß ist, war es den Arena-Akteuren nicht möglich, einen Bericht rechtzeitig zu liefern. Er wird daher in der nächsten Nummer erscheinen.

Die Redaktion

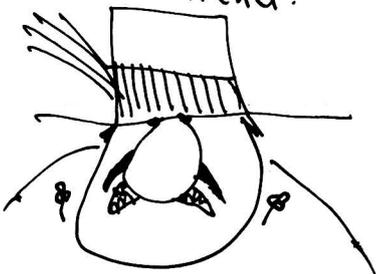


Kein selbstverwaltetes Jugendzentrum in Graz

Die Berichte der Grazer Tageszeitungen zu dem Versuch von mehreren Jugendlichen das "Haus der Jugend" – das eher "Haus der Veranstaltungen" heissen müsste – in ein selbstverwaltetes Haus für alle umzuwandeln, schockierte die Öffentlichkeit. Mit einer gezielten Hetz- und Lügenkampagne versuchte die bürgerliche Presse diese Anfänge einer Jugendzentrumsbewegung im Keim zu ersticken, um einer Grazer "ARENA" von vornherein einen Riegel vorzuschieben.

Anstoss des Ganzen war eine Diskussionsveranstaltung über selbstverwaltete Jugendzentren am 17. September im Haus der Jugend, auf der Jugendliche der Arena über ihre Erfahrungen berichteten. Bald rückte die drückende Freizeitmisere der Grazer Jugendlichen in den Mittelpunkt der Diskussion. Es wurde darauf hingewiesen, dass im Haus der Jugend statt aktiver Jugendarbeit ein konsumorientiertes Veranstaltungsprogramm abläuft und dass viele Räume meist versperrt sind. Der Wunsch nach freier selbstbestimmter Freizeitgestaltung im

Mir houbn an
Uhr-turm, da brauch
ma ka Arena!



Haus der Jugend wurde laut. Der für das Haus verantwortliche Stadtrat Stingl (SPÖ) liess sich unter dem Druck der Argumente schliesslich dazu bewegen, den Initiatoren der Diskussion für die nächsten Tage den Schlüssel zu geben. Das brachte die Stimmung der anwesenden Jugendzentrumsaktivisten auf Hochtouren. Man besprach, gleich am nächsten Tag eine Selbstverwaltung zu organisieren. Niemand hörte auf die Bedingungen, die Stadtrat Stingl bei der Schlüsselübergabe stellte, nämlich dass

- alle sonstigen Aktivitäten im Haus der Jugend (Ablauf des offiziellen Kulturprogramms, Lern- und Kindergruppen etc.) nicht behindert werden dürfen
- einige ständige Verantwortliche nominiert werden, die alle Aktionen mit dem Hausverwalter absprechen müssen
- Übernachtungen verboten sind, ein eigener Buffetbetrieb problematisch ist und auch sonst baulich nichts verändert werden darf.

Dass diese Bedingungen von vornherein eine Selbstverwaltung unmöglich machten und dem Magistrat die Möglichkeit gaben, "bei Übertretungen" jederzeit den Schlüssel wieder einzuziehen, wurde erst bemerkt, als dies bereits geschehen war. Die utopischen Hoffnungen, eine Bewegung á la ARENA aus dem Boden zu stampfen, verhinderte diese Einsicht.

In den nächsten Tagen tat sich dann einiges: Viele Jugendliche kamen ins Haus. Arbeitsgruppen wurden gegründet, Musikgruppen spielten, Lebensmittel wurden herbeigeschleppt, neue Bekanntschaften wurden geschlossen und wertvolle Erfahrungen gemacht.

Eine grössere Bewegung blieb freilich aus. Dazu fehlen in Graz derzeit noch viele Voraussetzungen.

Die Illusionen, die man sich gemacht hatte, rächten sich bald. Der Freiraum, den die bürgerlichen Politiker den Jugendlichen gegeben hatten, war ein Teil ihrer Taktik. Im richtigen Augenblick schlug die der Senatsmehrheit (ÖVP/FPÖ) nahestehende Presse zu: Mit unglaublichen Lügen, wie "Haschischdüfte, sexuelle Ausschreitungen, Kinder wühlen im Dreck und Selbstverwaltung führt ins Chaos" versuchte man die Öffentlichkeit gegen die Jugendlichen aufzuhetzen und gleichzeitig der SPÖ eins auszuwischen. Stingl sah nun den richtigen Zeitpunkt gekommen, dem ganzen Treiben ein Ende zu bereiten. Er verlangte die Schlüssel mit der Begründung, "dass der reibungslose Ablauf der übrigen Aktivitäten nicht mehr gegeben wäre", sofort wieder zurück. Die bemalten Wände wurden wieder übertüncht, die neuen Einrichtungen wieder hinausgeschmissen und der aktive Kern schrumpfte daraufhin auf ein Häuflein zusammen.

Damit wurde den Beteiligten klar, auf was man sich eingelassen hatte. Jetzt ist klar, dass die Idee eines selbstverwalteten Jugendzentrums nicht im Einvernehmen mit der Gemeinde verwirklicht, sondern nur in harten Auseinandersetzungen erkämpft werden kann. Es kommt nun alles darauf an, die Öffentlichkeit zu gewinnen, die Presseverleumdungen aufzudecken und vor allem den Kreis der jugendlichen Aktivisten zu erweitern.

G. G., Graz



Oa Schmetterling
macht no koa
Revolution, oba zwoa
oder drei...



Radiomeldung vom 17. 9. 1976

Der Wirtschaft geht durch Pfuscher jährlich eine Milliarde verloren

Diese Schreckensmeldung geisterte vor einigen Wochen durch die Medien. Werden wir alle also ärmer durch den Pfuscher? Wem sind sie verlorengegangen? Der Wirtschaft? Wer ist das? Die Pfuscher können's nicht sein, denn die haben das Geld ja bekommen. Die, die pfuschen lassen, können's auch nicht sein, denn die haben ja eine Leistung billiger bekommen. Wem ist also diese Milliarde verlorengegangen? Antwort: der Wirtschaft. Wir sind also wieder am Anfang. Da fällt uns ein: "Die Wirtschaft sind wir alle." Aber allen ist es ja nicht verlorengegangen, jedenfalls nicht den Pfuschern und ihren Auftraggebern. Also sind doch nicht alle die "Wirtschaft".

Wir wissen aber, dass den Gewerbebetrieben durch Pfuscher Aufträge verlorengehen. Denn wenn man nicht einen Pfuscher ausmalen oder das Auto reparieren lässt, so muss man sich einen Handwerksbetrieb suchen, der den Auftrag ordnungsgemäss bucht, ausführt und sich teuer bezahlen lässt.

Wer führt die Aufträge der Handwerksbetriebe aus? Selten sind es die Chefs, die Hand anlegen an Wände und Autos, meist sind es Facharbeiter und Lehrlinge. Denen geht aber, als Gruppe gesehen, die Milliarde sicher nicht verloren, weil sie sie ja durch den Pfuscher bekommen. (Das alles unter der Annahme, dass die Pfuscher die gleichen sind, die 40 Stunden in der Woche bei ihren Meistern arbeiten.)

Also bleiben die Chefs der Gewerbebetriebe. Ihnen geht dieses Geld verloren. Nun ist es in unserer Gesellschaft nicht weiter aufregend, dass es in den Unternehmen Chefs gibt, die es nicht gerne sehen, wenn es Konkurrenten gibt. Und der Arbeiter eines Meisters ist ein Konkurrent, wenn er nach Arbeitsschluss selbständig – als Pfuscher – sein Geld verdient.

Aber warum heißt es, daß das Geld der Wirtschaft verlorengegangen ist? Warum kann man nicht sagen: Die österreichischen Unternehmer verloren durch Pfuscher so und so viele Milliar-

den Schilling an Gewinn? Das würde sich sicher nicht so gut machen. Denn dann könnte es ja Leute geben, die sagen: Pfuscher ist gar nicht so schlecht.

Wenn man aber von Verlusten schreibt, die die "Wirtschaft" erleidet, so heißt das ja laut allgemeiner Versicherung: der Pfuscher schadet uns allen, daher ist er etwas schlechtes, das bekämpft werden muß. Daß der Pfuscher für viele seine Vorteile hat – die einen bekommen mehr Geld, die anderen billigere Leistung – wird verschwiegen. Diese Leute gehören offensichtlich nicht zur Wirtschaft.

Entnommen aus "Der rote Börsenkrach", Nr. 1 Wintersemester 1976



Für die Rechte der Minderheiten!
Gegen die Minderheiten – feststellung!
Am 14. 11. ist die Muttersprache wiener Demokraten slowenisch!

Unter diesen Losungen findet am Freitag, den 5. 11. eine Demonstration statt.
Treffpunkt: 16³⁰ h, Schwarzenbergplatz

Prügelknabe Pflegepersonal

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Zuständen in den Institutionen der Gesundheitssicherung ist offenbar. Kaum ein Massenmedium, das nicht in mehr oder minder regelmässigen Abständen über die "Spitalsmisere" berichtet, kaum ein Patient oder Angehöriger, der nicht anschauliche Details über menschenunwürdige Gegebenheiten zum Besten gibt. Dennoch unterscheiden sich professionelle Berichterstattung und individuelles Erleben. Während in den Massenmedien überwiegend die "böse" Schwester oder der "brutale" Pfleger (besonders in den Bereichen der Psychiatrie und Alterspflege) dominieren, stellen die Betroffenen dem Pflegepersonal ein überwiegend positives Zeugnis aus, was auch durch empirische Meinungsumfragen erhärtet wurde. Der Grund für dieses Auseinanderklaffen scheint recht einfach: Sensationsberichterstattung hat hohen Verkaufswert und führt zu Pauschalierung, persönliches Erleben ist vielschichtiger und erfasst auch die objektiven Schwierigkeiten der komplexen Arbeitssituation des Pflegepersonals.

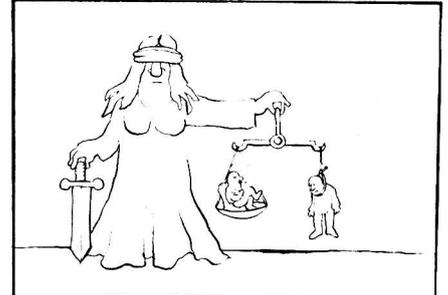
Vielen erscheint die These vom "richtigen Mann am richtigen Platz", also der subjektive gute Wille, gepaart mit entsprechendem Können der Pflegepersonen und deren Vorgesetzten für ausreichend, um der Probleme Herr zu werden. Wäre dies genug, hätten wir keine Spitalsmisere, denn der überwiegenden Mehrheit der Gesundheitsarbeiter, dem Pflegepersonal und deren Fachvorgesetzten, den Spitalsärzten kann durchaus guter Wille und fachliches Können zugewilligt werden. Der Hase sitzt woanders im Pfeffer, der Fehler liegt in einer Reihe von Regelkreisen, die ein System bilden und individuell kaum durchbrochen werden können, der Fehler liegt also im System schlechthin.

Es soll hier nicht untersucht werden, was es nach den Wertmassstäben un-

serer Gesellschaft heisst, krank, alt oder behindert zu sein, was es bedeutet, im Prozess kapitalistischer Verwertung von Arbeitskraft eine Belastung darzustellen. Vielmehr ist es das Anliegen, einige Schlaglichter darauf zu werfen, dass und warum die Institution Krankenhaus auch im Rahmen des bestehenden Gesellschafts-systems dysfunktional agiert und welche Stellung vor allem das Pflegepersonal dabei einnimmt. Ohne Anspruch darauf zu erheben, eine Analyse zu liefern, seien einige Behauptungen zur Diskussion gestellt:

1. Die Institution Krankenhaus kann nicht funktionieren, wenn ihr Adressat, der Patient, nahezu uninformiert und passiv - blosses Objekt ärztlicher und pflegerischer Aktivität ist. Sie kann nicht funktionieren, weil der Mensch auch im kranken Zustand Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung hat, der unterschiedliche Grad krankheitsbedingter Behinderung unterschiedliche Aktivitäten zulässt bzw. herausfordert, eine Frustration derselben den Gesundungsverlauf und das Wohlbefinden sehr oft beeinträchtigen. In Alterspflegeheimen z. B. ist es rüstigen Patienten bisweilen ausdrücklich verboten, ihren weniger agilen Altersgenossen mitmenschliche Hilfe zu leisten. Zur Selbstverwirklichung des Kranken würde auch seine Mitbestimmung in Fragen des Tagesablaufs und des Stationslebens gehören.
2. Die Institution Krankenhaus kann nicht funktionieren, wenn das Pflegepersonal, das naturgemäss die engsten und innigsten Beziehungen von allen am Spitalsbetrieb Beteiligten zu den Patienten unterhält, weitestgehend von der Gestaltung des Tagesablaufs und der Arbeitsplatzgestaltung schlechthin ausgeschlossen und blosses Vollzugsorgan vorgesetzter Stellen ist. Zwar sieht die kollektive Leitung der Wiener Spitäler die Einbezie-

hung der Oberschwwestern in die Krankenhausleitung neben Ärztlichem Leiter und Verwalter vor, doch fungieren jene meist nicht als verlängerter Arm des Pflegepersonals in der Leitung, sondern umgekehrt. Angelpunkt der unbefriedigenden Arbeitssituation ist in wei-



„Es ist einfach nicht wahr, daß die Menschen biologisch gleich sind, und es wäre ungerecht, sie so zu behandeln.“

ten Bereichen immer noch die unzureichenden Personalausstattung der Stationen, die ein volles Durchrationalisieren der Arbeitsvorgänge notwendig macht, in der der Patient zur Nummer degradiert werden muss und Schwestern und Pfleger Hass und Stress ausgesetzt werden, was wiederum mitmenschliche Kommunikation zwischen Pflegepersonal und Patienten nahezu verunmöglicht. Dieser Mangel lässt die Patienten aber umso mehr ihre freudlose Lage erfahren. Nur ein Pflegepersonal, das selbst psychisch ausbalanciert und zufrieden ist, kann seine Patienten zufriedenstellen.

3. Die Institution Krankenhaus kann nicht funktionieren, wenn die in ihr Arbeitenden einer Hackordnung ausgesetzt sind, die, von verkrusteten Hierarchieklassischen und Machtstrukturen herührend, eine angstfreie Kommunikation zwischen den am gemeinsamen Arbeitsprozess Beteiligten unmöglich macht. Wenn die Stationsgehilfin sich vor der Diplomschwester fürchtet und diese wiederum vor der Stationsschwester, wenn die Ärzte sich dem Pflegepersonal als die zwar nicht allwissenden aber allmächtigen "weissen Riesen" präsentieren, dann müssen Pflegefehler vertuscht statt besprochen,





Fortsetzung von Seite 5

dann muß das "Laufen des Ladens" vor die Befriedigung der individuellen Bedürfnisse der Patienten gestellt werden. Dann muß das Gefühl der Eigenverantwortlichkeit unterentwickelt bleiben und Eigenmotivation verkümmern.

- Die Institution Krankenhaus kann nicht funktionieren, wenn die Ausbildung des Pflegepersonals zwar darauf hinzielt, daß Schwestern und Pfleger mechanisch Tätigkeiten beherrschen und einiges Theoretisches über Krankheiten und Medikamente wissen, die Integration über dieses Wissen über die direkten Pflegehandlungen hinaus aufgrund der Beschaffenheit des Stationsbetriebes und des Mangels an Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeit nur bedingt vollzogen werden kann. Die

Wichtigkeit des psychischen Faktors der vielen praktischen Kleinigkeiten, die allzuoft das sich Wohlfühlen des Kranken ausmachen, kann aufgrund der Durchrationalisierung der Arbeitsabläufe und aus echtem Mangel an psychologischen Wissen nicht erkannt werden. Das Stichwort "Psychohygiene" ist hier am Platze, besonders wichtig in der Säuglings- und Kinderkrankenpflege, aber auch in der Psychiatrie, bei den chronisch Kranken und in der Alterspflege.

- Die Institution Krankenhaus kann nicht funktionieren, wenn Verwaltungsdanken Pflegearbeit dominiert. Wenn administrative Kriterien auf Einrichtung und Ausstattung, Arbeitsplatzgestaltung, Diensteinteilung und Arbeitsabläufe den bestimmenden Einfluß ausüben, sind die Interessen der Patienten und des Pflegepersonals gefährdet, da naturgemäß Pflegearbeit patientenorientiert, Verwaltungsdanken aber obrigkeitsorientiert ist. Und diese Obrigkeit ist von starken Mächten mit konträren Interessen dirigiert, im Gegensatz stehend zu den Interessen der Patienten.

Die Lösung der Problematik ist letztlich eine gesellschaftliche, eine politische. Eine schrittweise Verbesserung der Lage kann und muß auch im bestehenden gesellschaftlichen Rahmen auf zwei Ebenen erfolgen, auf der politischen und gewerkschaftlichen. Nicht die Sensationsberichterstattung über besonders krasse "Fäl-

le" wird nachhaltig wirksam sein, sondern der organisiert und solidarische Kampf derer, deren Berufsalltag es ist, Leiden zu lindern. Dem Pflegepersonal wird hierbei eine entscheidende Rolle eingeräumt werden müssen. Das Pflegepersonal muß aber auch lernen, diese Rolle auszufüllen. Dieser Lernprozeß muß erfolgen im Interesse der Verbesserung der eigenen Berufssituation und im Interesse des kranken Mitbürgers im Spital gleichermaßen.



(Entnommen aus: "VOLKSMEDIZIN" E. Berger)

Die Wunden der Freiheit



Selbstzeugnisse, Kommentare u. Dokumente aus dem Kampf der Indianer gegen die weiße Eroberung und heutige Unterdrückung in den USA.

Indianer sprechen selbst: über ihren Kampf gegen die weißen Eindringlinge, über die Vernichtungsmethoden und Vertragsbrüche der Eroberer, über ihre eigene Lebensweise, Kultur, Philosophie u. Religion. Das Buch enthält eine Sammlung indianischer Reden, Briefe und Stellungnahmen vom Beginn der Kolonisierung 1607 bis hin zur Besetzung Wounded Knees 1974. ca. 280 Seiten ca. DM 20.00

Trikont

8 München 80
Josephsburgstr. 16

Frühjahr '75

Bitte Prospekt anfordern:
Revolutionäre Schallplatten
*** Materialistische Wissenschaft *** Biographien ***



Deine Versicherungen durch

FRICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 4 302

Anlaß für eine Bestandsaufnahme



Peters Fall

Unter diesem Titel veröffentlichte die Österreichische Widerstandsbewegung Material über die 1. SS-Infanteriebrigade, der als Freiwilliger der heutige FPÖ-Bundesparteiobmann Friedrich Peter angehört hat.

Die Tatsache dieser Zugehörigkeit war bis zur Pressekonferenz Simon Wiesenthals nach den letzten Nationalratswahlen der Öffentlichkeit unbekannt gewesen und Peter samt seiner Partei haben – mit gutem Grund – auch niemals darüber gesprochen. Im Gegenteil: Peter erklärte stets, er sei lediglich "Frontoffizier" bei der "Waffen-SS" gewesen.

Diese Differenzierung wird erklärlich, wenn man weiß, daß die "Waffen-SS" dem Oberkommando des Heeres unterstanden ist und auch tatsächlich gekämpft hat, während die "Allgemeine SS", der Peter bereits 1938 freiwillig beigetreten ist, ausschließlich dem Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, unterstand und nach dessen Willen "andere Aufgaben" (+) hatte.

Peters 1. SS-Infanteriebrigade, die 2. SS-Infanterie – und die Kavalleriebrigade wüteten gemeinsam mit Polizeikräften und dem Sicherheitsdienst der SS rund 600 Kilometer hinter der damaligen russischen Front. Um ja keinen Zweifel über die Art des Ein-

satzes bei der Mannschaft aufkommen zu lassen, erschossen SS-Offiziere vor versammelter Mannschaft im Stabsquartier der 1. SS-Infanteriebrigade in Stara Konstantynow 200 Juden zur Anschauung. Das pedantisch geführte Kriegstagebuch der Brigade beweist, dass dieser Anschauungsunterricht auch begriffen und umgesetzt worden ist. Nach vorsichtigen Schätzungen kam die Widerstandsbewegung auf rund 30.000 Opfer der Brigade, wobei freilich das Kriegstagebuch nur teilweise vorgelegen ist.

**Nichts hören,
nichts sehen,
nichts sprechen...**

Doch von alledem sah und hörte Friedrich Peter, lt. damaligem Lebenslauf "ledig, in geordneten Verhältnissen" und "gottgläubig", nichts, geschweige sprach er darüber.

Profil schrieb am 14. Oktober 1975: Peter erkläre, er "wisse aber trotzdem


**Im Namen des Führers
und Obersten Befehlshabers
der Wehrmacht**
verleihe ich
wo für erhält Friedrich Peter
damals eigentlich
 das
Eiserne Kreuz 2. Klasse
 Berlin, dem _____ 19__

Kurt
 Generaloberst
und
 Chef des Oberkommandos
der Wehrmacht
 Disziplin und Durchsetzung

A b s c h r i f t .

Ia 105/41 geh.

Höherer SS- und Pol.Führer
Russland Süd.

H.Qu., 17. September 1941.

Tgb. Nr. 197/41 (g).

G e h e i m .

G e h e i m

An

Kommandostab RF-SS.

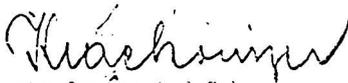
Nachtragsmeldung zu Lagemeldung vom 14.9.41.

Erfolge: 1. SS-Brigade 26 Juden erschossen.

gez.: Unterschrift

F. d. R. d. A.

SS-Obergruppenführer
und General der Polizei.


Oberleutnant d. Sch.

Bei diesen "Banditen" wurden einschließlich Minen und Handgranaten 7.186 Stück Waffen gefunden, d. h. daß die als "Banditen" bezeichneten zu rund einem Viertel überhaupt unbewaffnet gewesen sind. Von 1.716 "durchsucht bzw. durchkämmt"en Ortschaften wurden 159 "niedergebrannt bzw. vernichtet". Rund jedes zweite der 3.828 "durchsuchten" Gehöfte wurde niedergebrannt und von 16.553 festgenommenen "Bandenhelfern und Bandenverdächtigen" wurden 14.257 "exekutiert". Dazu kommt die Anzahl der ermordeten Juden: 363.211 !

Und nun zum Vergleich: 387.370 Toten stehen innerhalb dieser vier Monate 174 tote SS-Männer und 285 Verluste ukrainischen Hilfstruppen gegenüber.

Selbst bei minimalsten Ansprüchen an die Logik wird jeder die Frage beantworten können, ob es da möglich sein kann, daß sich auch nur ein einziger SS-Mann in diesen vier Monaten vom aktiven Mord hätte fernhalten können, geschweige denn nichts gewußt oder gesehen zu haben. Doch Friedrich Peter war nicht irgendein SS-Mann. Peter wurde in zwanzig Monaten, die er bei dieser Mord-einheit war, gemeinsam mit nur dreißig anderen mit dem "Eisernen Kreuz 2. Klasse" ausgezeichnet und gemeinsam mit siebzehn anderen auf die "SS-Junker Schule" nach Braunschweig geschickt. Wofür, weil er sich nicht hervorgetan hat ?

(+) Aus dem Befehl des Reichsführers-SS vom 27.6.41,
3 Uhr 15

(++) "Profil" 10.12.1975



Diesen Artikel schrieb Franz KLAR
Sekretär der Österreichischen Widerstandsbewegung.

Fortsetzung von Seite 7

nichts von derartigen Einsätzen. Seine Truppe sei damals mit 'Partisaneneinsätzen befaßt gewesen', und von Erschießungen, Säuberungsaktionen oder Sonderkommandos könne 'keine Rede' sein." Und nach der Methode, was nicht beweisbar ist, wird auch nicht zugegeben, blieb Peter auch, als Details aus dem Urteil gegen seinen Regimentskameraden Johann Enzinger bekannt geworden sind. Das Landgericht Traunstein in der BRD hatte diesen rechtskräftig wegen seiner Beteiligung an der Vernichtung des Dorfes Tupice zu Kerker verurteilt. Dort waren innerhalb von nur drei Viertel Stunden rund 80 Menschen, vom Säugling bis zum Greis, ermordet worden. Wie das vor sich geht, erhellt ein Satz aus der Urteilsbegründung: "Die Kleinkinder mußten von ihren Müttern den - vom Angeklagten besonders eingeteilten - Schützen so hingehalten werden, daß sie ebenfalls in den Kopf geschossen werden konnten." Später tauchten Dokumente über die Vernichtung von Leltschitky auf, bei der Peters Kompanie (5. Kompanie) hauptbeteiligt war. Dazu SS-Mann Großmüller: "Die Juden sollen sich vorher ihre Gruben selbst geschauelt haben, und dann habe man die Juden mit Maschinengewehren in die Grube geschossen." Im Tätigkeitsbericht wird das Grauen subsummiert: "Am 4.9.41 wurde mit starken Aufklärungskräften Leltschitky erreicht und genommen... Es wurden keine Verluste gemeldet. Beute: 60 Gewehre, 11 MG, 15 Handgranaten,

22.115 Schuß Gewehrmunition, ferner wurden 38 Gefangene eingebracht und 1.089 Juden erschossen."

Doch Peter sah und hörte nichts und hat "weder innerhalb noch außerhalb dieses Zeitraumes an Erschießungen oder Repressalien teilgenommen. (++)

Frontkämpfertum und Wahrheitsgehalt

Peter wußte und tat also nichts, er war ja "Frontoffizier". Wie sah nun dieser Fronteinsatz aus? Reichsführer-SS Himmler berichtete Hitler am 28.12.1942 schriftlich darüber; daraus geht hervor, daß die in diesem Raum mordenden SS-Einheiten von August bis November 1942

1.337 Tote "nach Gefechten" festgestellt hatten.

737 Gefangene wurden "sofort exekutiert" und

7.828 Gefangene wurden "nach längerer eingehender Vernehmung exekutiert".

Ich bin ganz verwirrt! Ehrlich! Haben Sie sich schon mal den Friedrich PETER angeschaut? Der schaut doch gesund aus...



er sieht gut; man sieht ihn auch nie Brillen tragen...



2. bundeskongreß



der föj - Bewegung für Sozialismus
in Wien vom 30. Oktober bis 1. November '76

Unser Bundeskongreß hat die Aufgabe, die Erfahrungen und die politische Praxis unserer Organisation in der vorangegangenen Periode, konkret seit März 1973, zusammenzufassen und daraus die politisch-organisatorischen Schwerpunkte für die Tätigkeit der BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS in den folgenden Jahren abzuleiten. Dem entspricht auch die Struktur, die wir unserem Bundeskongreß gegeben haben:

Grundsätzliche Fragen der Strategie der europäischen Arbeiterbewegung, speziell auf Grund der Veränderungen in den letzten drei Jahren.

Die Lage in Österreich, die österreichische Linke, die Aufgaben und Möglichkeiten der BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS. Neben einem Rechenschaftsbericht soll versucht werden, durch Verallgemeinerung der Erfahrungen und Analysen gesellschaftlicher Teilbereiche, in denen bisher eine gesellschaftliche Praxis ansatzweise erzielt wurde, die Schwerpunkte und Ausrichtung der Politik der nächsten Jahre zu entwickeln.

Organisationsproblematik. In diesem Zusammenhang gilt es, die innerorganisatorische Problematik, die sich aus der politischen Arbeit unserer Organisation ergibt, zu lösen und die außerorganisatorischen Aufgaben, die sich uns stellen (Ausbruch aus der linken Isolation) ebenso zu bewältigen, wie die Fragen der überregionalen Organisation in Österreich und der internationalen Koordination mit Gruppierungen, die uns nahestehen.

Im Sinner ihres politischen Selbstverständnisses ermöglicht die BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS auch Nichtmitgliedern die Teilnahme am Bundeskongreß. Da sich der Tagungsort, dessen Adresse in einer Aus-sendung noch bekannt gegeben wird, nach der Teilnehmerzahl richtet, ist die ANMELDUNG FÜR ALLE TEILNEHMER bis spätestens 22. Oktober 1976 im Sekretariat der BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS, 1040 Wien, Belvedere-gasse 10, Tel.: 65-19-52, erforderlich. Der Teilnehmerbetrag beträgt einheitlich S 50,-

aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

nr 60



aspekte

herausgegeben von der bewegung für sozialismus
beiträge zur theorie und strategie der linken

61

seite 3



spanien
argentinien
paraguay

seite 16



diskussion:
zur rolle der
k.p's

seite 20



die linke in der
isolation

seite 22



brd:
widerstand
ungebrochen,
leben kaputt

im Parlament
hört er alles
genau; an den
Ohren hat er
auch nix...



aber als junger
Mann im krieg hat
er nix g'sehn und
nix g'hört. Da muß
er ganz mies bei-
sammen g'wesh
sein...

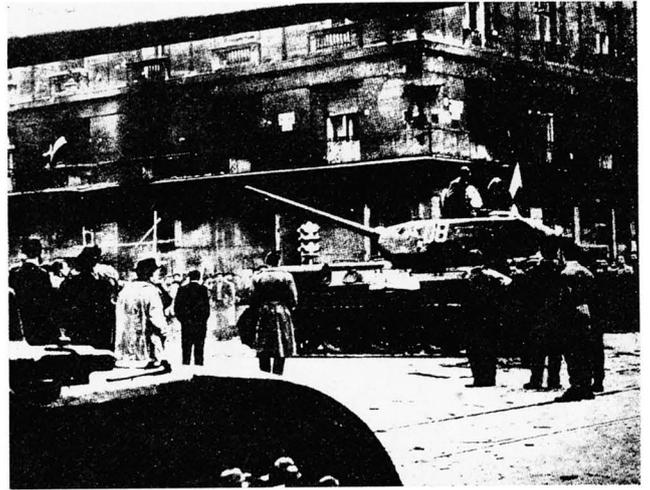


und i hab mir
immer gedacht,
die SS waren so
gsunde junge
Männer, so a
richtige Elite...



Vor zwanzig Jahren

Revolution oder Konterrevolution in Ungarn?



Kurz der Hintergrund der Ereignisse: Nach dem Tode Stalins setzte zunächst zögernd, dann ziemlich stürmisch die sogenannte Tauwetterperiode ein. Sowohl in der SU als auch in den meisten osteuropäischen Ländern wurden die Protagonisten des Stalinkurses aus ihren Positionen verdrängt. Den Veränderungen in der Parteispitze folgte immer umfassendere Kritik von der Basis an formalen und inhaltlichen Fragen des sozialistischen Aufbaus. Diese Entwicklung brachte in Ungarn vorerst den "ungarischen Stalin", Mátyás Rákosi zu Fall, aber weder ihn noch seine Mannschaft tief genug. Imre Nagy, der einen Kurs der politischen Entspannung im Inneren und der Lockerung der nachgerade sklavischen Beziehungen zur SU auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet nach außen eingeschlagen hat, wurde abgesetzt. Anzeichen von Restalinisierungstendenzen machten sich in der personellen Zusammensetzung der Staats- und Parteiführung und ihrer Politik wieder bemerkbar. Das Ventil war einmal geöffnet. Was in den abgezielten Gefilden der höheren Parteipolitik durch wechselnde Mehrheiten im Zentralkomitee (ZK) und im Politbüro möglich, ist an der Basis, unter den Intellektuellen und den Volksmassen einfach nicht zuwegezubringen: heute ein bißchen demokratisch, morgen stur-bürokratisch schalten und walten zu lassen. Insbesondere die Intellektuellen entdeckten wieder ihre Würde und trafen sich zu offenen Gesprächen über gesellschaftliche und kulturelle Probleme zunächst im Rahmen der Partei, später auf öffentlichen Veranstaltungen, die als Dich-

terlesungen begannen und mit leidenschaftlichen Publikumsdiskussionen endeten. Es ist bezeichnend, daß sich dieser Kreis von Intellektuellen, die von durchwegs der ersten sozialistischen Generation oder der alten kommunistischen Intellektuellengarde angehörten, sich nach dem Nationalhelden der Ungarn, dem jungen Petöfi benannte, der aus bescheidenen bäuerlichen Verhältnissen entstammend die 1848-Revolution der Ungarn durch seine zündenden Verse beflügelte und mit 28 Jahren auf dem Schlachtfeld starb, - eines der zahllosen Opfer der zaristischen Intervention zugunsten der Habsburger. Die bedrückenden Verhältnisse, die Verbrechen und Deformationen eines hoffnungsvoll begonnenen Weges zum Sozialismus trafen ein Land, das durch jahrhundertelange nationale Unterdrückung und einige sprachliche und kulturelle Besonderheiten in diesem Raum zum geschärften Nationalbewußtsein geradezu gezwungen wurde. Hinzukamen jahrelange Einmischungen und Bevormundungen durch den großen sowjetischen Bruder, vor dem die aus dem sowjetischen Exil zurückgekehrten mittelmäßigen Kader wie Marionetten katzbuckelten und ihm beinahe wörtlich den Stiefel leckten. Dies alles mußte jede Kritik an Gestern zu einer Kritik an der SU werden und eine nationale Färbung annehmen lassen. So fiel die nationale Dimension unter den kritischen Intellektuellen und den erwachenden Volksmassen wieder einmal mit der gesellschaftskritischen zusammen. War es aber nicht so, daß in Polen, dessen Revolutionäre 1848 Schulter an Schul-

ter mit den ungarischen Aufständischen gegen die zaristischen Truppen kämpften, gerade in diesen Tagen, zwischen dem 19. und 21. Oktober das polnische ZK allen sowjetischen Drohungen zum Trotz standhaft blieb und den auf mehr nationale Mündigkeit pochenden Altkommunisten Gomulka zum Parteichef wählte? Nur zwei Tage später kehrte eine Delegation der Ungarischen Arbeiterpartei aus Jugoslawien zurück, berichtete von erfolgreichen Gesprächen und davon, daß "in allen Fragen, die behandelt wurden, volle Übereinstimmung erzielt wurde"?! (Man erinnere sich, daß Rajk unter Rakosi wegen angeblicher titoistischer Verschwörung hingerichtet wurde ...)

II.

Die Budapester Hochschüler und die Arbeiterjugend, der Schriftstellerverband und die immer wieder überraschend anschwellenden Massen feierten in öffentlichen Kundgebungen und Resolutionen die Haltung der polnischen Genossen. Nach anfänglichem Zögern schloß sich die Parteiführung dieser Bewegung vorsichtig an. Neben der Sympathiekundgebung für Polen wurden eigene Forderungen, wie die Rückberufung von Nagy und den Ausschluß Rakosis aus dem ZK, erhoben und stürmisch begrüßt; die Gleichberechtigung in den Beziehungen zur SU wird verlangt; Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, die geheime und direkte Wahl aller Parteifunktionäre, eine offene und ehrliche Berichterstattung über die wirtschaftlichen Probleme des Landes gefordert. Demonstration folgt auf Kund-



gebung, eine Parteiverlautbarung jagt die andere, und nimmt zurück, was sie soeben noch warnend oder beschwörend, später auch drohend mitteilen ließ. Die AVO, die ungarische Staatspolizei, ist eine der Bastionen des Rakosi-Regimes, die unberührt von aller Entstalinisierung und Kritik geblieben ist, und sie ist es, die durch ihr provokatorisches Handeln – sie eröffnet auf Demonstranten das Feuer – die Demonstrationen zum Aufruhr, den Aufruhr zum Aufstand steigert. Das war am 23. Oktober 1956.

III.

In der Analyse der Ereignisse fällt zweierlei auf: die unentschlossene, widerspruchsvolle Haltung der Staats- und Parteiführung auf der einen Seite, und die rasche Herausbildung basisdemokratischer Formen der Bewegung, der Bezirks-, Fabriks-, National- und Revolutionsräte auf der anderen. Die Regierung bzw. die Partei unter dem Altstalinisten Gerö rief zunächst sowjetische Truppen auf den Plan, trat anschließend zurück und die neukonstituierte Regierung Nagy läßt die sowjetischen Truppen wieder abziehen. Die Autorität der offiziellen Partei- und Regierungsstellen ist bei den Volksmassen mittlerweile eine rein symbolische geworden. Die Entscheidungen werden an Ort und Stelle von den Räten und den Komitees getroffen, die ihre Maßnahmen durch gegensei-

tige Information, vor allem über den freien Rundfunk, zu koordinieren versuchen. Es ist sicherlich auch auf die maßlose Verwirrung an höchster Stelle, nämlich in Moskau, zurückzuführen, daß die Bewegung (die überall, wo sie auf Widerstand seitens der alten Partei- und Exekutivstellen stieß, eine gewaltsame, eine bewaffnete wurde) in wenigen Tagen sich von der Hauptstadt auf das gesamte Territorium des Landes erstrecken konnte. Woher kamen die Waffen? Sie kamen an von den überwältigten AVO-Leuten, aus ihren eroberten Festungen auch; aber vor allem kamen sie von der ungarischen Volksarmee, die sich teils in Auflösung befand, teils die Aufständischen aktiv unterstützte, ja sie sogar anführte – wie im Fall des legendären Maleter, der kurze Zeit Verteidigungsminister wurde und von sowjetischen Offizieren durch eine Finte gefangen wurde und wahrscheinlich ermordet wurde –. Ende Oktober, eine Woche nach den ersten Zusammenstößen in Budapest, schien der Volksaufstand triumphiert, die Gefahr eines erneuten massiven Eingreifens der sowjetischen Truppen im Land gebannt zu sein. Sie standen Gewehr bei Fuß.

IV.

Die Anfang November einsetzende Tragödie wurde durch Faktoren mitbeeinflusst, die vielleicht vermeid-

bar gewesen wären, die sich jedoch weitgehend aus dem Selbstlauf der sich spontan entwickelnden Kämpfe, ihrer Logik und Eigendynamik ergaben und keiner unmittelbaren Kontrolle einer zentralen Koordinations- und Autoritätsinstanz, sei es der Räte, sei es der Nagy-Regierung, unterlagen. In dieser atemberaubend kurzen Zeit wurde die stalinistische Clique mitsamt ihren Schergen davongejagt; wurden alle Machtinstrumente der Bürokratie und Exekutive hinweggefegt; wurde den ersten massiven bewaffneten Eingriffen der sowjetischen Truppen erfolgreich Widerstand geleistet. Da tauchten unter den Forderungen der Arbeiter, Studenten, Jugendlichen, die die Wiederherstellung einer authentischen sozialistischen Entwicklung propagierten, programmatische Parolen auf, die breiten Anklang fanden und kraft ihrer Popularität auch von der ohnehin mehr den Volkswillen interpretierenden als wirkliche Entscheidungen treffenden Regierung allzuleicht akzeptiert wurden. – Vorstellungen, die nur aus dem Hochgefühl des allen Beteiligten schier unfaßbaren Sieges, nicht aber aus wirklicher Überlegung und politischer Einschätzung der Lage entstammten.

Die anfängliche Hilflosigkeit der Kreml-Bürokratie, die eben erst ihre machinternen Auseinandersetzungen hinter sich gebracht hatte, dürfte da-

Donnerstag, 25. Oktober 1956 - nachmittags
Radio - Budapest Inlandsnachrichten

Wir verlesen ein Kommuniqué des Politbüros "Auf seiner heutigen Sitzung entthob das Politbüro des Zentralkomitees der Ungarischen Arbeiterpartei den Genossen Ernö Gerö seines Postens als erster Sekretär des Zentralkomitees. Das Politbüro ernannte an seiner Stelle Janos Kadar zum ersten Sekretär des Zentralkomitees. Im Anschluß an die Sitzung des Politbüros werden Genosse Kadar und Imre Nagy eine Rundfunkansprache halten." Das Kommuniqué wird mehrfach wiederholt, jeweils gefolgt von den Worten: "Ungarn, beflaggt eure Häuser mit der Landesfahne!"

Samstag, 27. Oktober 1956 - vormittags
Radio Budapest - Inlandsnachrichten

Das Präsidium des Nationalrats der Gewerkschaften erläßt folgenden Aufruf:

"Arbeiter, der Wunsch der Arbeiterklasse hat sich erfüllt. Die Werke werden von Arbeiterräten geleitet. Das vollendet den Entwicklungsprozeß, durch den die Fabriken in das Eigentum des Volkes übernommen wurden. Arbeiter, Techniker, jetzt könnt ihr die Betriebe völlig als eure eignen ansehen. Von nun ab werdet ihr sie selber führen. Die überzentralisierte Leitung der Fabriken, die bisher gang und gäbe war, wird aufhören, ebenso wie die daraus resultierenden Mißstände.

Den Arbeiterräten kommt demgemäß eine große Verantwortung zu. Daher müßt ihr Mitglieder für die Arbeiterräte mit viel Umsicht und unter den besten, erfahrensten Arbeitern wählen. Die neue Regierung wird die niedrigsten Löhne erhöhen. Je eher ihr die Produktion in den Fabriken aufnehmt, desto schneller können größere Löhne gezahlt werden. Unterstützt deshalb die neue ungarische Regierung in ihren Bemühungen für den sozialistischen Aufbau und für ein freies, demokratisches Ungarn!

Gezeichnet

Präsidium des Nationalrats der Gewerkschaften

Donnerstag 1. November 1956 - nachts
Freier Sender Kossuth

Liebe Hörer, der Erste Parteisekretär Janos Kadar spricht zum ungarischen Volk: "Ungarische Arbeiter, Bauern und Intellektuelle! ... In einer ruhmreichen Erhebung hat unser Volk das Rakosi-Regime abgeschüttelt. Es hat Freiheit für das Volk und Unabhängigkeit für das Land erreicht. ... Wir können ruhig sagen, daß ... die treibenden Kräfte dieser Erhebung aus unseren Reihen kamen. Kommunistische Schriftsteller, Journalisten, Studenten, die Jugend des Petöfi-Klubs, Tausende und Tausende von Arbeitern und Bauern, Veteranen der Arbeiterbewegung, die auf Grund falscher Anschuldigungen im Gefängnis saßen - sie alle kämpften in vorderster Front gegen Rakosis Despotismus und politisches Gangstertum. Wir sind stolz darauf, daß ihr in dem bewaffneten Aufstand euren Platz tapfer behauptet habt. ... Ihr wart durchdrungen von wahren Patriotismus und von Treue zum Sozialismus. ... Unsere Erhebung ist am Scheideweg angelangt. Die demokratischen Parteien Ungarns müssen

zu beigetragen haben, daß selbst Kádár, der spätere "Realpolitiker" (der unter Rákosi grausam gefoltert wurde und eingesperrt war) neben dem integren Nagy noch durchaus ans Mögliche des Unmöglichen glauben mochte. Noch lagen die Toten auf den Straßen, waren die Wunden nur notdürftig verbunden, waren Schmerz und Empörung, aber auch Triumphgefühl zu frisch, als daß kühles Kalkül die Grenzen des eigenen Handlungsbereichs abzustecken imstande gewesen wäre. Die Neutralität Ungarns wurde proklamiert, der Austritt des Landes aus dem Warschauer Pakt verkündet, der sofortige Abzug der sowjetischen Truppen verlangt. (Die Kleinwirtpartei und die Nationale Bauernpartei saßen seit dem 27. Oktober in der umgebildeten Regierung Nagy, später sollten die Sozialdemokraten dazukommen, noch bevor die angekündigten allgemeinen geheimen Wahlen unter internationaler Kontrolle und Beteiligung aller demokratischer Parteien des Landes irgendein Ergebnis über das reale Kräfteverhältnis im Lande gebracht hätte.)

V.

Es mag jeder Kenner der damaligen Situation in Ungarn und in der Welt mit Recht bezweifeln, daß ein taktisch klügeres Vorgehen den letzten Akt des blutigen Dramas nicht nur

aufgeschoben, sondern den Dingen eventuell einen anderen Verlauf gegeben hätte, wie ihn etwa das jugoslawische Beispiel gewiesen hatte. Der Aufstand in Ungarn hat der sowjetischen Großmachtspolitik sicher einen gewaltigen Schock versetzt.

Die Entlassung Ungarns aus dem Warschauer Pakt und die Hinnahme eines zweiten Jugoslawien unter weitaus demütigenderen Vorzeichen hätte einen Präzedenzfall geschaffen, dessen Auswirkungen noch weniger abzusehen gewesen wären als jene, die durch den Prager Frühling zwölf Jahre später für den sowjetischen Einflußbereich befürchtet wurden. Einmal den Schock überwunden, mußte jeder sowjetische Führer die Entscheidung zur bewaffneten Intervention nicht nur als dringend erforderlich und als einzige Alternative zum "Ausverkauf der sozialistischen Staatengemeinschaft" ansehen, sondern auch international durch das Jalta-Abkommen und die später mit dem durch sowjetische Truppen von der Nazi-Herrschaft befreiten Ungarn getroffenen Vereinbarungen als durchaus logisch und vertretbar betrachten. Es ist spätestens 1956 in Ungarn in aller Perfidität klar geworden, daß die USA und ihre Verbündeten am status quo in Europa hüben wie drüben in der Hoffnung festhielten, daß dieses Verlangen nach abgegrenzten Einfluß-

sphären in der Welt ein gegenseitiges war und ist. Schließlich muß in Erinnerung gerufen werden, daß England und Frankreich genau den Zeitpunkt der ungarischen Volkserhebung für ihr Suez-Abenteuer gewählt hatten (Israel überfiel ägyptisches Territorium am 29. Oktober 1956!). Wohl kaum ein Zufall. Wie so oft wurde hier auf Kosten der Kleinen von den Großen spekuliert: eine in Ungarn aufgehaltene SU werde Ägypten nicht zu leicht zu Hilfe kommen können. Es war genau umgekehrt: für die SU war dieser brutale Aggressionsakt des Imperialismus ein deus ex machina: die gegenseitigen propagandistischen Trommelfeuer überdeckten das Heulen der Kriegsflugzeuge über Suez und das Rasseln der Panzerketten in Budapest.

Ungarn 1956, das ist ein weiter zurückliegendes und kaum vergleichbares aber dem Problem nach zum selben Komplex der Überlegung westlicher kommunistischer Parteien gehörendes historisches Kapitel wie Chile 1972 auf einem anderen Kontinent der Erde, in der Einflußzone einer anderen Großmacht.

Die VR China hat die sowjetische Niederschlagung des ungarischen Aufstands damals begrüßt. Ihre Erfahrungen mit dem Hegemoniestreben der SU waren noch zu jung und unreflektiert, als daß sie begriffen hätte,



nun wählen zwischen der Stabilisierung unserer Errungenschaften und der offenen Konterrevolution... Wir haben nicht dafür gekämpft, daß die Bergwerke und Fabriken den Händen der Arbeiterklasse und der Boden der Bauernschaft wieder entrissen werden... Entweder sichert der Aufstand die grundlegenden Voraussetzungen der Demokratie... oder wir sinken in die Sklaverei der adligen Grundbesitzer... und in die Knechtschaft des Auslands zurück. Es besteht die ernste, beunruhigende Gefahr, daß eine bewaffnete Intervention des Auslands unserem Land das tragische Schicksal Koreas auferlegt... Deshalb müssen wir die Brutstätten der Konterrevolution beseitigen.

In diesem bedeutsamen Moment haben die Kommunisten, die gegen Rakosis Despotismus kämpften, beschlossen... eine neue Partei zu schaffen... In diesen schicksalsschweren Stunden appellieren wir an jeden ungarischen Arbeiter, der von Liebe für sein Volk und Land beseelt ist, sich unserer Partei anzuschließen, die jetzt den Namen Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei führt. Es wurde ein vorbereitendes Führungskomitee gebildet, dem folgende Mitglieder angehören: Ferenc Donath, Janos Kadar, Sandor Kopacsi, Geza Losonczy, György Lukas, Imre Nagy und

Zoltan Szanto. Dieses Komitee wird die Partei organisieren, ihre Arbeit bis auf weiteres übernehmen und sobald wie möglich eine von Delegierten aus dem ganzen Land zu beschickende Gründungsversammlung einberufen. Das offizielle Parteiorgan wird die Zeitung Nepszabadsag.

Arbeiter, Bauern und Intellektuelle! Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei ist bereit, ihren Anteil zu dem Kampf um die Konsolidierung der Unabhängigkeit und Demokratie beizusteuern. Wir wenden uns an die neugebildeten demokratischen Parteien - in erster Linie... an die Sozialdemokratische Partei mit der Bitte, die Regierung festigen zu helfen und damit die drohende Gefahr einer Intervention von außen abzuwenden."

Samstag, 3. November 1956

Freier Sender Kossuth - nachts
Kardinal Jozsef Mindszenty, Erzbischof von Esztergom und Fürstprimas von Ungarn, hält jetzt eine Ansprache an die Welt und an das ungarische Volk:

... Dennoch muß ich auch die objektive Fassung der Aufgaben betonen, denn wir leben in einem Rechtsstaat, in einer klassenlosen Gesellschaft, wir sind daran, demokratische Er-

runenschaften voranzutreiben. Wir befürworten ein durch soziale Interessen richtig und gerecht beschränktes Privateigentum... Das ist der Wille des ganzen ungarischen Volkes...

Sie hören jetzt eine Erklärung des Generalsekretärs der Petöfi-Partei, Staatsminister Ferenc Farkas:

"... Während die Parteien der Regierungskoalition von 1945 in gegenseitigen Kämpfen befangen waren, ruht unsere jetzige Koalition auf einer gesünderen Grundlage. Mir scheint es deshalb angebracht, die Meinung der Regierung zu verschiedenen Fragen zu präzisieren.

1. Von den sozialistischen Errungenschaften und Ergebnissen wird alles beibehalten, was in einem freien, demokratischen und sozialistischen Land den Wünschen des Volkes entspricht.

2. Auch nachdem wir die Neutralität erlangt haben, wollen wir auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet die aufrichtigsten und wärmsten Freundschaftsbeziehungen mit allen sozialistischen Ländern aufrechterhalten. Eben solche wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen möchten wir auch mit den anderen friedliebenden Ländern der Welt anknüpfen.

was da wirklich geschah. Die bewaffnete Intervention am 21. August 1968 in der CSSR scheint die letzten Illusionen der chinesischen Führung über den Charakter der SU zerstört, ihre Politik gegenüber den "kleinen Revisionisten" in Jugoslawien und Rumänien in ein differenziertes Licht gerückt zu haben. Die Schlußfolgerungen, die die VR China aus dem Verhalten der SU gegenüber ihren "Verbündeten" zieht, ist dennoch falsch. Die SU ist nicht expansionistisch und aggressiv nach außen, weil ihre Führung auf Großmachtambitionen aus ist. Die Ursache aller sowjetischen Interventionen blutiger und unblutiger Art liegt vielmehr im inneren System der SU, der ungelösten Probleme, der Angst der Führung vor dem Volkszorn, in der richtigen Annahme, daß eine Aufweichung der "Prinzipien" an der Peripherie einer Kettenreaktion gleich auf die SU selbst letztlich überspringen könnte. Es ist wahrscheinlich deswegen das Schicksal aller osteuropäischen Bestrebungen ebenso wie der Legitimationshintergrund westeuropäischer kommunistischer Parteien und damit schließlich auch die Aussicht auf glaubhafte Vertretbarkeit eines authentischen Sozialismus mit der Problematik der internen Entwicklung der SU verknüpft.

Zsolt Patka

BOOK POWER



HEINZ KOLISCH
LIEBIGASSE 9
43 21 21
1010 WIEN

Pressekonzentration in Frankreich

Der große Appetit des Konzerns Hersant

Pressefreiheit gehört zu jenen festen Säulen, auf denen die Demokratie ruht. Das heißt, jeder Bürger hat das Recht – in den meisten westlichen Ländern verfassungsmäßig verbrieft – seine eigene Zeitung herauszugeben und damit ist die Vielfalt der Meinungen, die vielbesungene Pluralität garantiert. Große Zeitungen herauszugeben können sich zwar nur Millionäre leisten – aber schließlich leben wir eben in einer Leistungsgesellschaft.

Vom 17. bis zum 26. August streikte die Belegschaft des "France Soir", der zweitgrößten französischen Tageszeitung mit einer Auflage von 843 000, um sich einen Pressemagnaten vom Halbe zu halten, dessen brutale Geschäftsmethoden den ihm einen führenden Platz im französischen Medienbetrieb gesichert haben: ROBERT HERSANT.

Doch dieser Name ist nur ein Beispiel für die zunehmende Pressekonzentration in den Händen weniger Verleger. Gefördert wird diese Entwicklung vor allem durch die in Frankreich ungebrochen fortdauernde Rezession, welche einen Rückgang des Inseratengeschäftes mit sich bringt. Denn Zeitungen finanzieren sich im allgemeinen zu zwei Dritteln aus Werbeeinnahmen und nur zu einem Drittel aus Verkaufserlösen. Gegenmittel sind vor allem die permanente Rationalisierung durch Umwälzungen in den Produktionsverfahren – von ihnen hängt ja die Höhe der Inserateneinnahmen ab. Beides geht in der Regel auf Kosten von kleineren Zeitungen; das sind in Frankreich vor allem linke Journale. Auf jeden Fall wird Personal "freigesetzt", von 1969 bis 1974 in Frankreich allein 13 000 Drucker. Von den französischen Journalisten sind heute 1 700 oder 13 Prozent arbeitslos. Die der kommunistischen Partei nahestehende Gewerk-

schaft CGT (Confédération General du Travail), der die meisten Drucker angehören, schlug den Presseunternehmern als Gegenmaßnahme in einem Rahmenplan vor, alle Medienarbei-



(Dessin de PLANTU.)

ter über 57 Jahre in die Rente zu schicken, dafür aber den Verbleibenden eine Beschäftigungsgarantie zu geben. Zwei Verleger – beides gute Freunde des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing – weigerten sich, mit der Gewerkschaft zu verhandeln: Robert Hersant und der Eigentümer des "Parisien Libéré", Emilien Amaury.



Das Beispiel des Parisien Libéré

Vor allem der Letztgenannte bewies, daß heute ein Verleger mit viel Kapital und wenig Skrupeln den französischen Gewerkschaften trotzen kann. Als Amaury im Mai 1975 650 Angestellte wegrationalisierte, besetzte die Belegschaft die Verlags- und Druckereigebäude. Dort sitzt sie zwar noch heute, doch ihr "Arbeitgeber" hat den gesamten Zeitungsbetrieb weiterproduziert. Obwohl ihm diese Maßnahme mehr gekostet hat, als die Beibehaltung des alten Belegschaftsstandes des "Parisien Libéré", hat er damit - zumindest einstweilen - einen moralischen Sieg über die Arbeiter davongetragen.

So wirkt dieser Arbeitskonflikt, wie wohl ohne direkten Zusammenhang mit dem "France Soir", dennoch entmutigend auf die Streikbewegung dieser Zeitung, deren Vorgeschichte bis auf den 8. Juli zurückreicht. An diesem Tag war das Blatt vom Verlag Hachette an einen Herrn Winkler, seines Zeichens Micky-Maus-Herausgeber, verkauft worden. Dieser veräußerte bereits am 17. August fünfzig Prozent des "France Soir" an Robert Hersant, dessen Zeitungsimperium sich von Frankreich bis zu den Antillen erstreckt. Die Belegschaft des "France Soir" antwortete mit Streik, denn was sie von diesem Mann zu erwarten hat, läßt sich ohne Zuhilfenahme höherer Mathematik leicht ausrechnen.

Was ist ein Dietrich

gegen eine Aktie ...

Hersant, dessen Lebensphilosophie in dem Ausspruch gipfelt "alles läßt sich kaufen", scheint geradewegs der Dreigroschenoper Bert Brechts entstiegen zu sein. 1940 war er Mitbegründer einer faschistischen Kampforganisation, die Jagd auf Juden und Freimaurer machte. Später kollaborierte er mit den Deutschen und wurde daher nach der Befreiung Frankreichs mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für zehn Jahre bestraft. Er wurde Lebensmittelhändler, was ihm scheinbar so viel eintrug, daß er 1950 seine erste Publikation, das "Auto-Journal" gründen konnte. Seine weitere Lebensgeschichte liest sich wie ein Vorstrafenregister: Verurteilungen wegen Steuerhinterziehungen, Veruntreuung, Beihilfe zum Diebstahl. Stück für Stück trug er nebenbei seinen Konzern zusammen, der sich heute auf 12 Tageszeitungen, 9 Wochenmagazine, 11 Spezialzeitschriften (vom "Auto-Journal" bis zur "Guten Küche"), eine Presseagentur, eine Werbeagentur und mehrere Druckereien, darunter sechs neue Offset-Druck-Zentren, beläuft. Als ihm 1956 eine Generalamnestie die Kandidatur zu einem politischen Amt ermöglichte, errang er prompt ein Parlamentsmandat, mußte es aber, da ihm Wahlschwindel nachgewiesen werden konnte, wieder abgeben. Doch das alles ist Vergangenheit. Heute sitzt Robert Hersant als Abgeordneter der Reformpartei in der französischen Nationalversammlung.

Und auch heute kümmert sich Herr Hersant nicht allzuviel um Gesetze, denn nach diesen dürfte es seinen Zeitungskonzern gar nicht geben. Eine Verordnung über die französische Pres-

se besagt eindeutig: "Jede Zeitung muß in ihrem Kopf und unter dem Titel den Namen des Herausgebers und seiner eventuellen Mitbesitzer enthalten... ;Herausgeber ist jener, der über die Kapitalmehrheit verfügt ... ; niemand kann Herausgeber von mehr als einer Tageszeitung sein."

Der Gewerkschaftsausschuß der 1.800 Beschäftigten des "France Soir" rief deshalb auch das Pariser Handelsgesicht an und forderte bis zur endgültigen Prüfung der Sachlage einen kommissarischen Verwalter. Das Gericht setzte zwar eine Untersuchungskommission ein, lehnte die Betrauung eines einstweiligen Verwalters jedoch ab. Ob der Untersuchungsausschuß Nennenswertes zu Tage fördern wird, ist freilich zweifelhaft. So gut bekannt wie Hersants Beziehungen zur Regierung sind, so unbekannt sind seine direkten Hintermänner. Niemand weiß, woher er sein Geld hat. Erst im Vorjahr kaufte er Zeitungen für insgesamt 70 Millionen Francs, darunter den "Figaro"; der 50 prozentige Erwerb des "France Soir" dürfte ihn schätzungsweise weitere 25 Millionen gekostet haben.

Der Streik bei "France Soir" wurde am 26. August unter der vagen Zusage des Micky-Maus-Verlegers Winkler abgebrochen, daß er nach wie vor Hauptverantwortlicher bleiben würde. Zuvor hatte er allerdings gedroht, sämtliche Anteile am "France Soir" an Hersant zu verkaufen, sollte der Streik nicht beendet werden. Daraufhin schien der Mehrheit der Betriebsangehörigen eine Weiterführung des Ausstandes als "selbstmörderisch". Denn Hersant wird eine Nachahmung des Beispiels des "Pariser Libéré" ohne weiteres zugetraut.

R. H.



Generalstreik:

Sparwellen in Frankreich

Der französische Generalstreik des 7. Oktober 1976 mit den größten Massendemonstrationen seit Mai 1968 ist ein neuer Auftakt für Klassenkämpfe und politische Kraftproben, die in absehbarer Zeit zu einem Sturz der gegenwärtigen konservativen Koalitionsregierung und zur Bildung einer Regierung der Linksunion-PS (Sozialistische Partei), KPF und des linken Flügels der Radikal-Liberalen- mit Unterstützung der großen Gewerkschaften (CGT und CFDT) führen könnten. Der unmittelbare Anlaß des Oktoberstreiks und der breiten Protestkundgebungen nicht nur der Arbeiter und Angestellten, sondern auch der zugrunde gerichteten Mittelklassen und Bauern ist das sogenannte Sanierungsprogramm der kürzlich neugebildeten Regierung Barre. Der vorherige gaullistische Premierminister Chirac hatte sich geweigert, diesen Sparplan im gegenwärtigen Zeitpunkt durchzupfeitschen und war mit der Forderung nach Vorverlegung der für spätestens Frühling 1978 anberaumten Parlamentswahlen zurückgetreten. Nach Meinung der führenden Gaullisten arbeitet die Zeit für die Linksunion und es wäre infolgedessen verhängnisvoll, bis 1978 zuzuwarten. Entgegengesetzter Meinung ist Giscard d'Estaing; er hofft, die Zeit bis 1978 nutzen zu können und insbesondere einen Teil der Linksmitte, vielleicht sogar Persönlichkeiten des rechten Flügels der PS "abwerben" zu können, um seine schmale Basis nach "links" zu verbreitern. Dabei riskiert er allerdings einen Abfall am rechten Flügel seiner Koalition. Der Appell Chiracs zur "Sammlung aller Franzosen" ist nicht weiter als die Schaffung einer neuen Rechtsopposition gegen Giscard d'Estaing, der somit in ein politisches Kreuzfeuer gerät.

Die ganze Pariser Bürgerblockkoalition, bestehend aus vier Parteien (die gaullistische UDR, die Républicains Indépendants oder Giscardisten, das unter der Führung von Lecanuet stehende Zentrum und die sogenann-



ten "Reformer" mit dem rechten Flügel der Radikalen Partei unter Servan-Schreiber) befindet sich in einem zunehmenden Zerfalls- und Zersetzungszustand. Alle vier Partner dieser Bürgerblockkoalition versuchen dabei, einander mit linken Phrasen und Sozialdemagogie zu übertrumpfen und sich andererseits gegenseitig als "rechtslastig" abzuwerten. Dieses Phänomen ist bezeichnend für die gegenwärtige politische Stimmung in Frankreich. So bemühen sich die Giscardisten, selbst als "fortschrittlich-liberal" darzustellen und die Gaullisten als "bornierte Reaktionäre" hinzustellen. Diese wieder bezeichnen sich selbst als "soziale Volkspartei" gegenüber dem "konservativen Aristokraten" Giscard d'Estaing. Ein ähnliches Spiel treiben auch die beiden Zentrumsgruppen, jedoch in starker Anlehnung an die Giscardisten und mit Fronstellung gegen die gaullistische UDR. Einen Höhepunkt erreichte die ganz Polemik Mitte Oktober mit der Veröffentlichung eines persönlichen Manifestes Giscard d'Estaings ("Démocratie Française") mit der Forderung nach einer "fortschrittlich-liberalen Gesellschaftsordnung" und der gleichzeitigen Forderung der früheren gaullistischen Premierminister Chaban-Delmas und Chirac nach Einführung einer Kapitals- und Profitsteuer.

Diese Forderung war bis jetzt nur im Gemeinsamen Programm der Linksunion (PS, KPF und der linke Flügel der Radikalen Partei) erhoben, von der Bürgerblockkoalition jedoch als "umstürzlerisch" zurückgewiesen worden. Im Kontrast zu den Rissen im Bürgerblock scheint der Zusammen-

halt in der Linksunion jetzt solider zu sein, was jedoch Meinungsverschiedenheiten in verschiedenen Punkten nicht ausschließt. Die drei tragenden Parteien bemühen sich getrennt um Werbung in den gaullistischen Reihen, mit einigen Erfolgen. So hat sich der Kreis um den früheren Industrieminister Charbonnel (er verhandelte seinerzeit monatelang mit den LIP-Uhrmachern) stark der PS angenähert. Eine Gruppe um den UDR-Abgeordneten Nungesser steht mit dem Vorsitzenden des linken Flügels der Radikalen in engem Kontakt. Der frühere UDR-Generalsekretär Sanguinetti schließlich gibt der KPF den Vorzug, die ihm und anderen Gaullisten der Widerstandszeit als "national zuverlässiger" erscheint als die "europäisch" und "atlantisch" angehauchten Sozialisten und Linksliberalen.

Diese Vorgänge sind aber nur eine politische Hülle tiefer gehender Prozesse. Die offizielle Linksunion steht unter zunehmenden Druck der sozialen Unrast im ganzen Land. Auch die beiden großen Gewerkschaftsbünde CGT (unter Kontrolle der KPF, CGT-Generalsekretär Séguy ist zugleich Politbüromitglied der KPF) und CFDT (mit ihrem Generalsekretär Maire den Sozialisten verschiedener Richtungen nahestehend), diesem allgemeinen Trend Ausdruck zu geben. Differenzen wurden zurückgestellt. Es gibt aber weiterhin einen wesentlichen Unterschied zwischen den beiden Gewerkschaften: die CGT hat dem Gemeinsamen Programm der Linksunion vorbehaltlos zugestimmt, die CFDT hingegen betrachtet dieses Programm als unvollständig und teilweise auch als "allzu reformistisch", jedenfalls nur als Etappe der französischen Linksentwicklung. Ähnlich wie die linkssozialistische PSU und übrigens auch ein Linksfügel innerhalb der PS, legt die CFDT das Schwergewicht auf den "courant auto-gestionnaire" (die quer durch verschiedene Organisationen gehende Strömung für betriebliche Selbstverwaltung). Diese Bestrebungen nach "auto-gestion" werden von den Führungen der KPF und CGT, so wie auch von den Linksliberalen bekämpft, von der gegenwärtigen PS-Führung um Mitterrand jedoch teilweise geduldet.

Für den Fall einer Regierung der Linksunion will die CGT sich bedingungslos und mit Nachdruck für Ar-

beitsdisziplin und Opfer einsetzen und ähnlich wie in den Jahren 1944-1947, während der Zeit der kommunistischen Regierungsbeteiligung in Paris, "Ärmel hochkrepeln" ("retroussez les manches") und Streiks als "Waffe der Trusts" bekämpfen; die CFDT hingegen behält sich schon jetzt ausdrücklich eine klassenkämpferische Linksopposition vor.

Dies ist in knappen Umrissen der soziale und politische Hintergrund der französischen Entwicklung in diesem Herbst 1976.

Chris Weil,
(Paris)

PS: Die Parteikonferenz der PSU beschloß am 10. Oktober in Joinville-le-Pont bei Paris mit einer Mehrheit von 66 Prozent die Beteiligung an gemeinsamen Listen mit der Linksunion für die Gemeinderatswahlen im Frühling 1977. Der Parteivorstand der PSU führt darüber Verhandlungen mit der PS und KPF. Als Begründung heißt es in der Resolution, die PSU wolle durch ihre Anwesenheit in den Gemeinderäten die gegenwärtige Krise des konservativen Regimes beschleunigen und zu einem "neuen Kräfteverhältnis innerhalb der Arbeiterbewegung" beitragen. Gegen diesen Mehrheitsbeschluß (Text A) erklärte sich eine Opposition mit der Begründung, die PSU habe sich dadurch "als revolutionäre Partei in Frage gestellt". Diese Richtung empfiehlt die Aufstellung von "Listen für die Selbstverwaltung" und öffentliche Debatte mit den anderen Linksparteien auf lokaler Ebene. Dieser Text B erhielt 19 Prozent. Eine dritte Richtung (Text C 15 Prozent) erklärte sich für gemeinsame Listen mit den linksrevolutionären Organisationen ("Ligue Communiste" und "Lutte Ouvrière", beide trotzkistisch).

Am 7. Oktober befanden sich zwei Parteivorstandsmitglieder der PSU mit den Vertretern der anderen Linksparteien und Gewerkschaften an der Spitze der Pariser Massendemonstration, die von 10 Uhr Vormittag bis 17 Uhr vom Place de la Nation über den Place de la Bastille zum Place de la République zog, nach Angaben der Gewerkschaftsführung schätzungsweise 500.000 Menschen.



Reichstagswahlen in Schweden

Erster Dominostein der europäischen Sozialdemokratie?

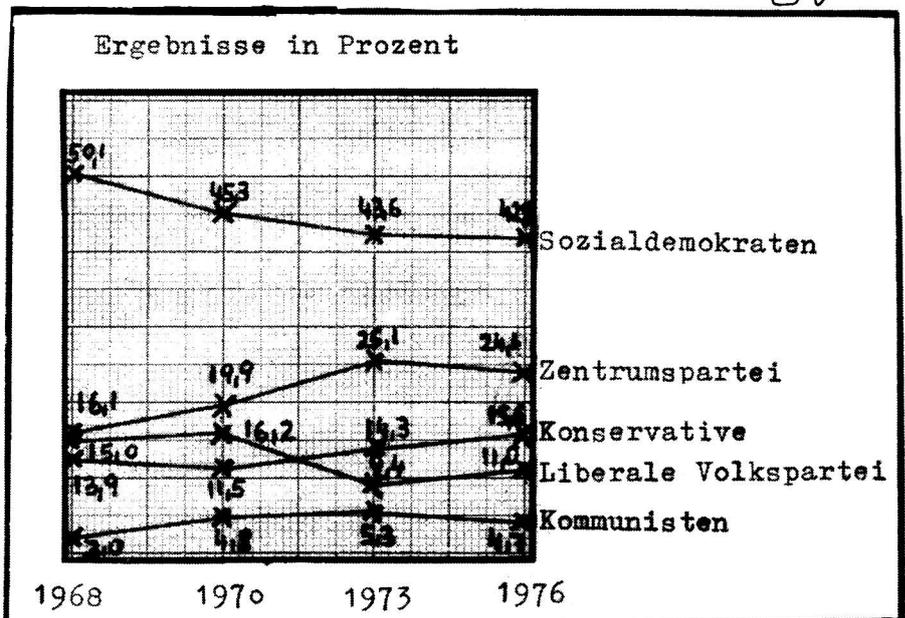
"Wenn Palme in Schweden verliert und Schmidt in Deutschland, dann bleibt Kreisky als König Lear der mitteleuropäischen Sozialdemokratie zurück", scherzte das Kabarettistenduo Schneyder/Hildebrandt am Vorabend der schwedischen Reichstagswahlen im österreichischen Fernsehen. Nun, Schwedens Sozialdemokratie muß nach dem 19. 9. 1976 nach 44 Jahren der Regierung in die Opposition, doch der Parallelen BRD und zu Österreich sind recht wenige.

Das 'Modell Schweden', das war für die SPÖ so eine Art Bekenntnis, wenn ihr einmal feiertäglich zumute war, für manche einsame Linke, speziell in außenpolitischen Belangen, auch ein Mahnruf: Etwa wenn Josef Hindels anlässlich einer Chiledemonstration Kreisky in Anspielung an dessen Exilzeit aufforderte, "Lern wieder schwedisch!". Womit er vermutlich nicht meinte, der Bundeskanzler wäre besser dort geblieben. Schwedisch im echten Sinne des Wortes zu lernen, hätte sich aber für westdeutsche Linke vielleicht bezahlt gemacht, falls Strauß, Dregger, Carstens usw. am

3. Oktober die Wahl gewonnen hätten. Für Leute von deren politischer Gesinnung, egal ob in Österreich, der BRD oder sonst irgendwo, war Schweden freilich immer so etwas wie der Vorhof zur Hölle. Daß sie den Ausgang der Reichstagswahlen als Sieg ihrer politischen Linie verkaufen möchten, stimmt heiter.

Denn einerseits ist die Stimmenverschiebung unbedeutend: Die Sozialdemokraten - nach wie vor mit Abstand die stärkste Gruppierung - verloren ganze sieben Zehntel Prozent, ihre ehemaligen Quasi-Koalitionspartner, die Kommunisten, sechs Zehntel Prozent. Die Zentrumsparlei, die den neuen Premier Fälldin stellt und die mit Parolen für Dezentralisierung und gegen Kernenergie in den Wahlkampf zog, unterscheidet sich von Palmes Partei hauptsächlich dadurch, daß sie ihre Ideen vom sozialen Kapitalismus nicht von einem reformistischen modernisierten Marxismus, sondern von einem humanistischen Liberalismus ableitet. Wie also etwa das Management von SPD und SPÖ. Auch die Liberale Volkspartei nennt die

Seite 17



Fortsetzung von Seite 16

"linke Mitte" ihren Standort und trat zu den Wahlen für Gleichberechtigung von Mann und Frau am Arbeitsplatz und für Arbeitszeitverkürzung für Eltern von Kleinkindern ein. Einzig die Konservativen, dritte im Bunde der neuen bürgerliche Koalition, vertreten eine rechtere Gangart, als Sozialdemokraten unserer Breiten, wollen "soziale Reformen ohne Sozialismus".

Attraktivität des Reformismus

Schweden ist ein Land, dessen letzter Krieg vor mehr als 150 Jahren endete, das keinerlei Faschismus gekannt hat, dessen Mitläufer in die neuen demokratischen Parteien integriert wurden. Die Sozialdemokraten sind dort daher – wenn man so will – eben "linker" als SPÖ und SPD. Sie haben erfolgreich größere Klassenseinsetzungen verhindert, aber auch die Unterschiede in der Einkommensverteilung der Lohnabhängigen verringert. Konnten sie sich doch nicht der Bescheidenheitsphilosophie der SPÖ ("seid's zufrieden mit dem was habt's vor 30 Jahren habt's noch viel weniger g'habt") bedienen. Ihre Parole war "Jämlichkeit" – Gleichheit, im Sinne egalitären Konsums. Sie konnten während ihrer langen Regierungsperiode zahlreiche soziale Reformvorhaben verwirklichen, den Schweden den höchsten Lebensstandard Europas sichern, ja vielleicht den höchsten Lebensstandard der Welt, wenn man berücksichtigt, daß in diesem Land – zum Unterschied etwa zu den USA – niemand in Ghettos oder Slums hausen muß. Ein progressives Steuersystem (z. B. werden 20.000 Kronen Jahresverdienst mit 24 Prozent, 200.000 Kronen Jahresverdienst mit 66,1 Prozent besteuert) und ausgedehnte Sozialleistungen ließen die Einkommensunterschiede – im Gegensatz zu reinvestierten Unternehmensgewinnen – immer geringer werden. Die Realisierung dieser Reformen erfolgte aber im Stile aufgeklärter Monarchen: Alles für das Volk, nichts durch das Volk!

Ein gutes Beispiel dafür ist die Änderung des Verfassungsartikels 33, hierzulande als Sozialismus gebrandmarkt, der in Vorverhandlungen alle Parteien bis auf die Konservativen zustimmten. Sie sieht für Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigte zwei

rat vor – die allerdings von der Gewerkschaftsbürokratie zentral bestimmt werden. Selbst das ach so revolutionäre "Projekt Meidner", vom letzten Gewerkschaftstag im Juni beschlossen, das selbst in Schweden Staub aufwirbelte, kratzt es doch am Privatkapitalismus, geht in diese Richtung. Nach dieser Vorstellung sollen 20 Prozent der Unternehmensgewinne in Aktien umgewandelt und der Belegschaft über ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft zukommen. Gemäß diesem Projekt wäre es also nur ein Rechenexempel, wann der Schwedische Gewerkschaftsbund, dem 90 Prozent der Arbeiter und 50 Prozent der Beamten und Angestellten angehören, reeller schwedischer Gesamtkapitalist würde. Freilich, als 1969 die Arbeiter der staatlichen Erzgruben in Kiruna (Nordschweden) streikten, erklärte die Gewerkschaft dies für illegal, worauf sich autonome Basisgewerkschaften bildeten.

Im Norden ist auch der Einfluß der Kommunistischen Partei am größten – und auch ihre Probleme. Denn diese Organisation kann nur mühsam die tiefe Spaltung zwischen eurokommunistisch und altstalinistisch Orientierten kitten. Dies ändert freilich nichts daran, daß sie die quantitativ bedeutendste Kraft links der SP-Schweden ist. Denn neben verschwindend kleinen und traditionsgemäß zersplitterten trotzkistischen Gruppen widmen sich maoistische Gruppierungen hauptsächlich der wechselseitigen Polemik bzw. der internen Säuberung. Glanzstück schwedischer maoistischer Politik waren allerdings die Behauptung, die Sozialdemokratie bereite aktiv die sowjetische Machtübernahme vor, und die Angriffe auf die Palme-Regierung wegen ihrer Verurteilung der Chilenischen Junta. Töne, wie sie von den schwedischen Konservativen niemals zu hören waren, wengleich sie die Ächtung des Vietnamkrieges oder faschistischer Regimes durch die bisherige Regierung als Gefährdung der schwedischen Neutra-



lität ansahen. Unwidersprochen bleiben aber auch von konservativer Seite die Ausgaben für Entwicklungshilfe, die mit 1 Prozent des Bruttonationalproduktes zu den höchsten der westlichen Sphäre zählen.

Grenzen des Reformismus

Da die Bevölkerung keinen direkten Einfluß auf die Verwaltung hat, kann sie sich damit auch nicht identifizieren. Und hier zeigen sich auch die realen Grenzen des Reformismus, der zunehmend psychische Verelendung durch materiellen Wohlstand wettzumachen sucht, das Problem der Fremdbestimmtheit des Menschen durch eine Produktionsweise, auf die er keinen Einfluß hat, aber negiert. Dies findet dann notwendigerweise seine Fortsetzung im sozialen Leben, in der politischen Verwaltung durch die repräsentative Demokratie, in der die Mitwirkung des Einzelnen im periodischen Malen von Kreuzchen auf Stimmzetteln besteht. Wobei der schwedische Reichstag bis zur derzeitigen Mandatsverteilung noch die aparte Variante des Losentscheides hatte, da Bürgerliche und Linke im Parlament gleichstark vertreten waren. Nicht unoriginell, immerhin.

Aus dieser Sicht ist auch verständlich, daß Programme Anklang finden, die die Eigeninitiative und Selbstverwirklichung zu fördern versprechen. Wie die betreffenden Parteien das verwirklichen wollen, ist scheinbar aber ihnen selbst nicht ganz klar. Wie denn auch? Am Sozialsystem wollen alle drei bürgerlichen Parteien festhalten; und daß dieses in der gegenwärtigen Form nicht ohne das progressive Steuersystem funktioniert, ist wenigstens dem Zentrum und den Liberalen einsichtig. Innenpolitisch wird sich in der nächsten Legislaturperiode wahrscheinlich nicht viel ändern. Außer, daß die neue Koalition sicher keine 44 Regierungsjahre braucht, um abgewählt zu werden. Schwedens Bürgerliche haben nicht zuletzt deswegen gesiegt, weil sie sich erfolgreich als bessere Reformisten des Kapitalismus verkaufen konnten. Was die SPÖ nicht hindern wird, auf ihre Art daraus zu lernen und wieder ein Stück weiter nach rechts zu rücken.

R.H.



BRD-Wahlen:

Es bleibt alles beim Alten

Die Wahlen am 3. Oktober in der BRD haben kaum etwas Neues gebracht: Die Regierungskoalition zwischen SPD und FDP wird fortgesetzt werden, die CDU/CSU wird in der Opposition bleiben. Es war eine Wahl der Niederlagen: die SPD/FDP-Koalition verlor 3,8 Prozent, behielt aber mit 50,5 Prozent die zur Regierungsbildung notwendige absolute Mehrheit; die CDU/CSU konnte ihr Ziel, die absolute Mehrheit, nicht erreichen. Die extreme Rechte blieb unbedeutend, die neofaschistische NDP erhielt 0,3 Prozent (1972: 0,6 Prozent), die AUD (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher) 0,1 Prozent, die AVP (Aktionsgemeinschaft 4. Partei) 0,0 Prozent, soviel wie die UAP (Unabhängige Arbeiterpartei). Aber auch die Linke blieb, was Wählerstimmen angeht, bedeutungslos: Die DKP 0,3 Prozent, die maoistischen Vaterlandsverteidiger KPD 0,1 Prozent, der maoistische KBW ebenfalls 0,1 Prozent, die Trotzkisten (GIM) 0,0 Prozent, insgesamt 166 000 Stimmen, immerhin 16 000 mehr als die Rechten.

In welcher Situation fanden die Wahlen statt?

Die schwerste Wirtschaftskrise nach dem 2. Weltkrieg hat in der BRD ziemlich schwere Folgen gehabt. Tausende kleine und mittlere Betriebe mussten zusperrten, wurden verkauft. Größere Unternehmen sperrten Zweigwerke zu, konzentrierten die Produktion in wenigen großen Werken und/oder verlagerten in Niedriglohnländer. Die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit wurde nach Möglichkeit exportiert, indem entlassene Gastarbeiter ausgewiesen wurden. Dennoch gibt es immer noch, obwohl der Höhepunkt der Krise überwunden zu sein scheint, ca. 1 Million Arbeitslose und ca. 1/2 Million Kurzarbeiter. Lohnerhöhungen fallen seit einigen Jahren immer niedriger aus, im ersten Halbjahr 1976 fielen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes das Realkommen des Durchschnittsbeschäftigten um 0,8 Prozent (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 5.10.1976;

diese Zahl beinhaltet alle unselbständigen Beschäftigten, ist also für einen Arbeiterhaushalt nicht repräsentativ. Die tatsächliche Senkung des Reallohns dürfte für Arbeiter schon früher eingesetzt haben).

Seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1966 wurde die politische Unterdrückung gegen die radikale Linke, die zum Teil aus der organisatorisch zerfallenen Studentenbewegung (Selbstauflösung des SDS, Gründung verschiedener kommunistischer Zirkel und Parteien) hervorging, Schritt für Schritt weiter verschärft. Diese Repression wurde nicht, wie von bürgerlichen Medien gelegentlich behauptet, von Gruppen wie der RAF hervorgerufen (vgl. hierzu die "Arbeiter-Zeitung" zum Tod von Ulrike Meinhof), sondern zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der BRD (vgl. "Der bürgerliche Friede ist bewaffneter Friede", Broschüre des Kampfkomitees gegen Repression, Münster, BRD). Den (vorläufigen) Höhepunkt erreichte die Repressionswelle durch Berufsverbote, die inzwischen schon Teile des linken Flügels der SPD treffen, was dadurch noch bemerkenswerter wird, da es die SPD war, die unter Bundeskanzler Willi Brandt die Berufsverbote eingeführt hat, wie sie auch für die gesamte Repression politisch verantwortlich ist. Dazu gehört unter anderem die Einschränkung der Verteidigerrechte, die Aufrüstung und der Ausbau des Polizeiapparates, der Aufbau von MEKs, GSG 9, sowie die quasi-Legalisierung von Mördern in Uniform, ausserdem die Verabschiedung der sogenannten "Maulkorbparagraphen". Trotz dieser Repressionswelle wirft die CDU/CSU der SPD/FDP-Regierung vor, nicht hart genug gegen die "linksradikalen Terroristen und ihre Sympathisanten" vorzugehen und lehnte deshalb im Bundestag das Berufsverbotgesetz ab, weil es ihr zu weich erschien.

SPD wie CDU nehmen für sich die politische Mitte in Anspruch, wobei beide versuchen, den jeweiligen Gegner ins jeweilige Eck abzurängen, die SPD die CDU ins rechte, faschistische Eck, die CDU die SPD ins kommunistische Eck (siehe den anti-



sozialistischen Wahlkampf der CDU/CSU), wogegen sich die SPD dadurch zu wehren versucht, daß sie weiter nach rechts rückt.

Nach der Niederlage der NPD 1972 (von 4,3 auf 0,6 Prozent) gibt es keine rechte Alternative zur CDU, da die AVP zwar die Sympathien von CSU-Chef Strauß hat, der jedoch im entscheidenden Augenblick von ihr abgerückt ist, "um die Einheit der Unionsparteien zu wahren." Dennoch ist es möglich, daß zu den nächsten Bundestagswahlen 1980 die CSU im ganzen Bundesgebiet kandidiert.

Die SPD versucht durch ihre Wahlkampfführung einen Teil der CDU-Basis zu gewinnen, indem sie sich als die bessere CDU präsentiert (CDU: Aus Liebe zu Deutschland, SPD: Modell Deutschland). Gleichzeitig warnen gerade die Linken in der Partei immer wieder vor der Gefährlichkeit von Strauß (Motto: "Wer sich von Kohl einseifen läßt, wird von Strauß rasiert") und stellen die SPD als Partei dar, mit der noch gesellschaftlicher Fortschritt möglich sei. Es wird die Behauptung aufgestellt, daß jede Stimme links von der SPD nur der CDU nützt und daher nur die Wahl der SPD eine Regierung der Strauß und Dregger verhindern kann. Die Gesetze zur Verschärfung der Repression werden totgeschwiegen oder als Beitrag zur Verteidigung der Demokratie ausgegeben und die Gesetze, die oberflächliche Verbesserung auf sozialpolitischem Gebiet bringen, hervorgehoben und gefordert, der Wähler müsse dafür sorgen, daß die "Reformpolitik" weitergeht.

Ein sehr beliebtes Argument ist, daß eine CDU-dominierte Regierung den Spielraum für die sozialistische Linke stark einschränken würde, wobei übersehen oder verschwiegen wird, daß



dies bereits seit einigen Jahren auch gerade unter SPD-dominierten Regierungen geschieht.

Konsequenzen für die westdeutsche Linke

Zur Zeit gibt es keine linke Alternative zur SPD. Die DKP scheitert an dem Widerspruch zwischen ihrem Anspruch und der Realität der DDR. Sie bekämpft z.B. nicht das System der Berufsverbote, sondern argumentiert auf einer individuell-moralischen Ebene, da sie sonst das kapitalistische System der Bundesrepublik radikal in Frage stellen müsste. Außerdem verweigert sie links von ihr stehenden Gruppen die Solidarität im Kampf gegen den Kapitalismus, im Gegenteil, immer mehr werden DKP-Schlägertrupps ihr Hauptargument gegen linke Kritiker (was umgekehrt zumindest auch auf die Maoisten zutrifft, die DKP-Genossen die Solidarität im Kampf gegen die Berufsverbote verweigern). Die maoistischen Gruppierungen haben sich durch ihr Sektierertum und ihre total verfehltete Politik selbst ins Abseits gestellt (z.B. durch die kritiklose Übernahme der chinesischen Außenpolitik: KPD: "Nieder mit dem russischen Sozialimperialismus, dem Hauptfeind des deutschen Volkes!")

Bald habn mir
in Peking viel a schöneres
Mausoleum als ihr in
Moskau



Viele Linke wählten aus Resignation über die eigene Schwäche SPD, da es die Linke noch nicht geschafft hat, eine linke Wahlpartei als Alternative für viele von der Sozialdemokratie enttäuschte Arbeiter, die in der SPD mangels Alternative immer noch das kleinere Übel sehen, zu schaffen. Andere wählten nicht oder ungültig, da sie der Ansicht sind, daß es zwischen SPD und CDU nur noch graduelle Unterschiede gibt und die Entfaltungsmöglichkeiten für sozialistische



Politik in der BRD wird auch unter einer SPD-Regierung eher ab- als zunehmen. Die Wahldiskussion, die vor allem von den Zeitschriften "konkret" und "Das Da" sowie vom SB (Sozialistisches Büro) und dem KB (Kommunistischer Bund/"Arbeiterkampf") in die Öffentlichkeit getragen wurde, drehte sich deshalb hauptsächlich um die Fragen: Noch einmal SPD wählen (immer noch kleineres Übel?), Aufruf für eine der kandidierenden linken Organisationen (Protestwahl oder kritische Unterstützung?) oder Wahlenthaltung?

Das für die linken Organisationen schlechte Wahlergebnis zeigt natürlich nicht die wahren Kräfteverhältnisse in der BRD. Es zeigt, daß der Reformismus in den Köpfen der Arbeiter noch fest verwurzelt ist, auch wenn diese Kollegen in den betrieblichen Kämpfen an vorderster Front auch gegen sozialpartnerschaftliche SPD-Betriebsräte stehen. Die Linke hat es bisher nicht geschafft, die

z. T. militant geführten Arbeitskämpfe mit ihren Ideen so zu verbinden, daß die Arbeiter diese Ideen aufgreifen und dadurch die sozialistische Bewegung in der BRD, die bisher hauptsächlich von Intellektuellen getragen wird, auf die Arbeiterklasse auszuweiten. Diese Wahl hat gezeigt, daß das Klassenbewußtsein der Arbeiter so tief verschüttet ist, daß in der Krise die klassisch reformistische "Arbeiterpartei" SPD Stimmen verliert und gleichzeitig die "bürgerlich-konservative" CDU Stimmen gewinnt, während die Linke weiterhin ein Schattendasein führt. Die Linke in der BRD muß sich darüber im klaren sein, daß sie nur dann Chancen hat, aus ihrem Eck herauszukommen, wenn es ihr gelingt, eine einheitliche Strategie und Taktik zu entwickeln und sich in mühevoller Kleinarbeit in der Arbeiterklasse zu verankern.

H. B.



Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.

"... Auch zu essen gibt es dort,
Kartoffeln, schon fertig,
Und Rindfleisch dazu."
"Hör' auf mit diesem Furz!
Sieh', die Welt wird umgewälzt!"

(Mao Tse-tung,

Gespräch zweier Vögel, Herbst 1965)



- 26.12.1893 Mao Tse-tung kommt als Sohn eines nicht unbedingt armen Bauern zur Welt. Später Volksschule, Sekundarschule und Lehrerseminar.
- 1917 Mao Tse-tung publiziert Artikel, in einigen Zeitschriften, die die Erneuerung der chinesischen Gesellschaft auf ihre Fahnen geschrieben haben.
- 1918 Als Bibliothekar an der Peking-Universität, lernt Mao Tse-tung Li Da-tschao kennen und kommt durch sie mit dem Marxismus in Kontakt.
- 1921 Mao Tse-tung nimmt am Gründungskongreß der Kommunistischen Partei Chinas in Schanghai teil, ohne damals eine führende Rolle zu spielen
- 1922 Mao Tse-tung wird ins Zentralkomitee der Kommunistischen Partei gewählt.
- 1924 Die Kommunistische Partei geht ein Bündnis mit der Koumintang ein, die damals eine revolutionäre Regierung in Süchina bildete. Mao Tse-tung wird Kandidat des ZK der Koumintang und ist leitend an der Ausbildung von Bauernkadern beteiligt.
- 1927 Tschiang Kai-scheck läßt zehntausende verbündete Kommunisten in Schanghai ermorden. Ein Teil der Koumintang-Truppen rebelliert gegen Tschiang und bildet den Kern der ersten Roten Armee, die in den Bergen von Kiangsi eine Guerillabasis errichtet. Mao Tse-tung übernimmt die politische Führung, wird jedoch auf Betreiben der Komintern aus dem Politbüro ausgeschlossen.
- 1934 Nach der Gründung der Sowjetrepublik (1931) tritt Tschiang Kai-scheck zu einer Großoffensive an. Erst im fünften Anlauf kommt seine vielfache militärische Übermacht zum Tragen. Mao Tse-tung führt die kommunistischen Truppen auf legendären Marsch nach Nordchina, wo sie in Jenan eine neue Guerillabasis errichten. Unterwegs wird Mao Tse-tung vom Rumpf-ZK zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Mao Tse-tung rechnet auch politisch mit seinen Gegnern ab.
- 1937 Die Koumintang und die KP kommen überein, gemeinsam gegen japanische Aggressoren zu kämpfen.
- 1945 Nach der japanischen Niederlage kommt es zu einem neuen Koalitionsabereinkommen. 1946 bricht der Bürgerkrieg endgültig aus.
- 1949 Mao Tse-tung, mittlerweile als erster Staats- und Parteiführer anerkannt, proklamiert die chinesische Volksrepublik, nachdem die Übermacht der Koumintangtruppen vernichtend geschlagen ist.
- 1957 Mao Tse-tung erklärt, der Klassenkampf habe Vorrang gegenüber der Aufrechterhaltung bürgerlicher Freiheiten. Bürgerlich-liberale Kritik wird ebenso wie dissidente marxistische Kritik zum Verstummen gebracht.
- 1958 Mao Tse-tung verliert seinen Posten als Staatsoberhaupt an Liu-Schao-tji
- 1960 Der Bruch zwischen der Sowjetunion und China wird offenkundig nachdem Mao Tse-tung schon vorher Kritik an Chruschtschow und am Sowjetsystem geübt hat.
- 1965/66 in der "Kulturrevolution" will Mao Tse-tung durch eine zweite Revolution die verkümmerte Parteibürokratie einer ständigen Massenkontrolle und neuen Impulsen unterwerfen. Die neue Basisdemokratie mißlingt, aber Liu Schao-tji und andere Widersacher Mao Tse-tungs werden gestürzt.
- 1967/69 Lin Biao wird zu Maos Stellvertreter und Nachfolger ernannt. Der Mao-Kult erlebt in dieser Phase einen Höhepunkt.
- 1971 Lin Biao stürzt nach einem mißglückten Staatsstreichversuch über der Mongolei ab. Mao Tse-tung tritt in der Folge nur mehr als Gastgeber für hohe Staatsbesuche öffentlich auf.
- 1972 Mao Tse-tung empfängt R. Nixon und identifiziert sich persönlich mit der neuen Außenpolitik.
- 1976 Mit dem neuerlichen Sturz Deng-Hsiao-pings beginnt der Nachfolgekampf vor dem Tod des Parteivorsitzenden.
- 3.9.1976 Die Nachrichtenagentur "NEUES CHINA" meldet den Tod des Parteivorsitzenden. Die Bevölkerung nimmt einen starken emotionalen Anteil am Ableben Mao Tse-tungs.

Maos Lehren – veränderte Lebensform?

Die Erfolge Mao Tse-Tungs waren sein Vertrauen in die Möglichkeiten des Menschen und in die Machbarkeit gesellschaftlicher Vorgänge. Mao Tse-Tung hat Marx, Engels und Lenin eigenwillig interpretiert. Er zog sich dafür mehrmals die Missbilligung Moskaus zu, den Erfolg hatte er jedoch auf seiner Seite. Mao Tse-Tung beruft sich selbst auf die Theoretiker des Marxismus-Leninismus, aber er führte auch eine revolutionäre Bewegung weiter, die in China ohne Marx begonnen hatte: die antifeudalistische Erneuerungsbewegung des 19. Jahrhunderts und die bürgerlich-demokratische Revolution Dr. Sun-Yat-sens, die letztlich durch das Auftreten des Imperialismus zum Scheitern verurteilt waren.

Die revolutionäre Bewegung mit Mao Tse-tung an der Spitze war von Bauernmassen getragen. Die Revolution in den nichtindustrialisierten Ländern wurde von einer im Marxschen Konzept nicht "vorgesehenen" Utopie zu erfolgreichen Realität. Der Bruch mit der Sowjetunion, als diese begann, selbst imperialistische Allüren zu entwickeln, war ein letzter Schritt in einem Emanzipationsprozeß, der China von einer ausgesaugten und bevormundeten Halbkolonie, zu einem Modellversuch für die nichtindustrialisierte Welt machte.

Die Entwicklung blieb nicht ohne Widersprüche. Mao Tse-tungs Tod signalisiert den Abschluß einer langen Konsolidierungsphase der Neuen Gesellschaft und wird Anlaß für eine Bestandsaufnahme.



Das Zitatenbuch in der Hand...

"Mao Tse-tung ist tot. Hoch die immer siegreichen Mao-Tse-tung-Ideen!", rufen die chinesischen Massenmedien in die Welt. Bruch oder Kontinuität? Schon längst waren es andere, die Mao der Öffentlichkeit dargestellt, interpretiert und in die Praxis umgesetzt haben; die ihn auch mißbraucht haben. Die drei Geächteten Liu-Schao-tji, Lin Biao und Deng Hsiao-ping führten alle "das Zitatenbuch in der Hand und ein 'Lang lebe...!' auf den Lippen" (Dschou En-lai) und meinten doch verschiedene Dinge. In diesem Sinne: Kontinuität.

Praxis, nicht Idee

Der Nachfolgekampf hat schon vor mehr als vierzig Jahren begonnen, als man Mao Tse-tung zum Parteichef berief und mehrmals waren seine Person und seine Werke zur bloßen Fassade degradiert. Über Werden und Wirken des Vorsitzenden sind Bibliotheken von Büchern und Artikeln verfaßt worden. Die Werke Mao-Tse-tungs waren immer Reaktion auf konkrete Ereignisse und konnten so nicht ohne Widersprüchlichkeiten bleiben. Fast jeder Satz, jeder Ausspruch Mao Tse-tungs hat irgendwann einmal eine konkrete Anwendung erfahren. Mao ist viel weniger Idee als Praxis, eine Praxis, die sich zwar auf ihn beruft, aber letztlich doch von anderen gemacht wird. In diesem Sinne: Kontinuität.

Superlative und Devotionalienkitsch

1966 bis 1970 war Mao-Tse-tung schon unter die Götter aufgenommen: das leuchtende Vorbild aller Völker, der den Marxismus-Leninismus auf eine höhere Stufe gestellt hat, die rote Sonne, die in den Herzen aller erglüht, der große Steuermann; Mao-Statuten, Mao-Büchlein, Mao-Lieder, Mao-Knöpfe, Mao in der Verfassung verankert ...

Die stärksten Übertreibungen, die höchsten Superlativen und ein Großteil des Devotionalienkitsches sind seit 1970 wieder verschwunden. Lin Biao wird für die Auswüchse verantwortlich gemacht, was bleiben sollte: Die Ideen Mao Tse-tungs und das Attribut "der große Führer und Lehrer".

Die Ideen und nicht die Person stehen im Mittelpunkt. In diesem Sinne: Kontinuität.

Intrigen und Ausbrüche des Volkszorns

Man blickt gebannt auf die Nachfolgefrage. In der westlichen Presse zumindest. Von dem illustren Kreis, der in den letzten Jahren fast allein die wichtigen Entscheidungen in Staat und Partei gefällt hat – dem ständigen Ausschuß des Politbüros – sind genau drei Mann übrig: Wang Hung-wen, ein junger, aber farbloser Arbeiterfunktionär aus Shanghai, dessen rascher Aufstieg nach der Kulturrevolution ihm den Beinamen "Hubschrauber" einbrachte, Dschang Tschuh-tjiao, der Generalsekretär der Partei und wie Wang der "Shanghaier Fraktion" zugerechnet und Ya Djiän-ying, der greise Verteidigungsminister, der aus Protest gegen den Sturz Deng Hsiao-pings im April zunächst einmal in sein Heimatdorf zurückgekehrt war und demonstrative Passivität übte.

Mit Mao Tse-tung sind seit dem letzten Jahr fünf Mitglieder verstorben, einer Deng Hsiao-ping – wurde abgesetzt. Die Lücken in der Parteispitze sind bis heute nicht geschlossen. Aber die Frage ist weniger, mit wem die freien Posten aufgefüllt werden, sondern wer die Neuernennungen vornimmt. Wahlen auf nationaler Ebene haben in der Volksrepublik China nur einmal stattgefunden: 1954, als der erste Volkskongreß nach der Revolution gebildet wurde. Dennoch sind im ZK und im Volkskongreß (= Parlament) verschiedene Interessensgruppen und Fraktionen präsent, aber eine Verantwortlichkeit der Parteispitze gegenüber der Basis ist längst nicht mehr gegeben (sie kann natürlich auch nicht allein durch formaldemokratische Kontrollen erreicht werden). Die Nachfolgefrage wird so zu einer Frage des politischen Stils: Entscheidet das ZK (das sich über die Absetzung Deng Hsiao-pings gespalten hat und schon bei der Ernennung des stellvertretenden Parteivorsitzenden Hua Guo-feng, derzeit der ranghöchste Politiker, übergangen wurde), entscheidet das Rest-Politbüro oder ein noch kleinerer Kreis? Entscheiden Intrigen im Stil des alten Kaiserhofs, der "Druck von der Straße" oder die "Shanghaier Fraktion", der in letzter

Zeit immer wieder in Wandzeitungen Machtgier und diktatorische Willkür vorgeworfen wird?

Die Gesellschaft, in der die Volksmassen ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen, blieb auch im China Mao Tse-tungs weitgehend Illusion. Zentralismus, das Kadersystem, die selbsternannte Vorhut der Arbeiterklasse nahmen den Proletariern und Bauern die Vollmachten wieder ab, und ehrliche Idealisten und Vertreter der Interessen der Volksmassen mußten Positionen und Macht mit Opportunisten und Karrieristen teilen. Konflikte wurden nur selten in den vorgesehenen Institutionen ausgetragen, sondern allzu oft unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Frustrationen und aufgestaute Aggressionen – Dekrete von oben "lösen" ja Konflikte nur scheinbar – mündeten in mehr oder weniger organisierten regelmäßigen Ausbrüchen des Volkszorns und des Unmuts der Arbeiter: Kulturrevolution, Streiks und Straßenkämpfe 1974, 1975, 1976 in zahlreichen Landesteilen. Die Frage, ob die Anliegen der streikenden Arbeiter voll berechtigt waren, ist dabei offen. Das Industrieproletariat zählt nämlich gegenüber den Bauern und anderen Gruppen zu den materiell Privilegierten. Aber von der Kaderbürokratie bevormundet und von Informationen abgeschirmt gibt es kein Bewußtsein sozialistischer Solidarität. In diesem Sinne: Kontinuität?

Ökonomie und Politik

In der Wirtschaft liegt der Hund begraben. Nach 1949 hat das China Mao Tse-tungs gigantisches geleistet: eine radikale Neugestaltung des Produktions- und Verteilungssystems, mit der zum ersten Mal die materiellen Grundbedürfnisse aller befriedigt werden konnten. Eine Umorientierung des Entwicklungsprozesses ließ China zum Paradebeispiel eines Landes werden, das sich erfolgreich von den Zwängen der Abhängigkeit vom Imperialismus der Industrienationen lösen könnte; diese wirtschaftliche und politische Entwicklung birgt allerdings die Gefahr, mehr ihren Mythos zu pflegen als den begonnenen Weg fortzusetzen.

Privateigentum an Produktionsmitteln ist in China heute bis zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft. Man produziert nicht mehr direkt für den Markt und gegen die Konkurrenz, sondern für

Fortsetzung von Seite 21

Bedürfnisse, die durch die Planung erfaßt werden. Markt- und Leistungsmechanismen werden weitgehend wirksam: In der Industrie und Verwaltung gibt es Lohnstufen nach Leistung, in der Landwirtschaft werden die Erträge nach Leistung aufgeteilt. In der Industrie ist das Prämiensystem, wie es die Ostblock-Wirtschaft mehr oder weniger in Schwung hält, abgeschafft, dennoch bilden Aufstiegsmöglichkeiten und die Möglichkeit, höhere Lohngruppen zu erreichen, "materiellen Anreiz". In der Landwirtschaft produzieren die Kommunen auf kargem Boden, die stadtnahen Produktionseinheiten, die günstig gelegenen Betriebe (und letztlich auch die staatlich verhätschelten Musterkommunen für die Dadschai) bringen oft ein vielfaches an Einkommen für die Bauern.

Ohne Zweifel sind es notwendige Phasen und Widersprüche in einem Entwicklungsprozeß, der das Land eben erst dem Feudalismus entrissen hat; ein Feudalismus, der auch den Stand der Produktivkräfte und das Bewußtsein der Massen durch Jahrhunderte hindurch nachhaltig geprägt hat. Es geht ohne Zweifel aufwärts in der Entwicklung. Nur sollte man es nicht "Sozialismus" nennen, dem – wie man nach der Lektüre der PEKING RUNDSCHAU meinen könnte – nur noch ein paar Kleinigkeiten zur Idealgesellschaft fehlen. Legitimationszwang der Staatsführer?

Es ist ein langwieriger Vorgang, in dem auch unter sozialistischem Vorzeichen Kapital akkumuliert werden muß, um die Mechanisierung und Entfaltung der Produktivkräfte voranzutreiben. Hand in Hand gehen muß eine Bildungs- und Bewußtmachung, die es den Volksmassen gestattet, ökonomische Abläufe und Notwendigkeiten mehr und mehr selbst zu durchschauen, zu steuern und zu entfalten. "Ökonomie versus Politik" – ein Widerspruch, der eigentlich keiner sein sollte, In diesem Sinne: Kontinuität.

Feudalismus und Kommunistische Kader

Der Kampf gegen die "Wegbereiter des Kapitalismus in der Partei" ist neuerdings wieder auf die Fahnen geschrieben. Viel Feind', viel Ehr'... Die alten Grundherren, Fabrikanten und ihre Handlanger, die Komprado-

ren-Bourgeoisie und die Tschiang-Kai-schek-Saboteure sind längst niedergeworfen, geächtet und politisch zur völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt.

Die Probleme und Widersprüche im China der Gegenwart sind meist schon Produkt der neuen Übergangsgesellschaft. Kaderbürokratie und Ansätze einer Privilegienwirtschaft, Opportunismus und Formalismus entwachsen einem System, das aus Stalinismus nichts gelernt hat. Notwendigkeiten des Guerillakrieges (Geheimhaltung, Führungsprinzip) wurden ungeschaut auf die Nachkriegsgesellschaft übertragen. Die Auseinandersetzung mit dem Feudalismus und Konfuzianismus in den Hirnen der kommunistischen Kader selbst hat man mancherorts vergessen (während die Ideologie des Kapitalismus längst besiegt ist!) und Buchgläubigkeit und blindes Vertrauen in die Obrigkeit gelten immer noch als Tugend.

Die Leistung Mao Tse-tungs war es, jene Vorgänge und Notwendigkeiten, die China aus der Feudalgesellschaft in einen sozialistischen Industriestaat führen sollen, ins Bewußtsein zu rufen und reale Möglichkeiten, solche Ziele zu erreichen, vor Augen zu führen. Maos Nachfolger werden schon von diesen Denkanstößen im Volk ausgehen müssen. In diesem Sinne: Kontinuität.

Außenpolitik: Glaubwürdigkeit und Trauma

Chinas Außenpolitik mußte sich in den letzten Jahren Schelte zu Hause und im Ausland gefallen lassen. So wie Wandzeitungen in Kanton vor zwei Jahren vor der Gefahr einer "sozialimperialistischen" Außenpolitik Chinas gewarnt haben, fügen heute viele westliche Maoisten ihren Loyalitätsbekundungen die Einschränkung an, daß diese nicht für Chinas

Bündnis mit Strauß, Schlesinger und Schah, Nixon, Roberto Holden und Konsorten gelte. Daraus wird sich China wohl befreien müssen, um auf die Dauer Glaubwürdigkeit in der Dritten Welt zu besitzen, wenn die Ehrung Mao Tse-tungs als "großer Lehrer des Weltproletariats und der unterjochten Nationen und unterdrückten Völker der Welt" mehr als eine Pflichtübung im offiziellen Nachruf sein soll.

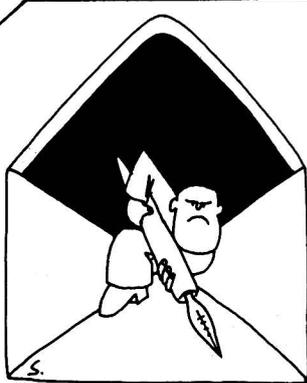
Für die Beziehungen zur Sowjetunion dämmern kaum neue Wandlungen. An der umstrittenen Grenze, wo auf jeder Seite eine Million Soldaten stehen, kommt es fast wöchentlich zu gewaltsamen Zwischenfällen. China rüstet mit einem gigantischen Einsatz an Nationalprodukt, Arbeitszeit, Budgetmitteln und politischer Energie für einen Krieg, den es letztlich nicht wünschen kann: Weil, wie man auch in Peking weiß, niemand in Moskau interessiert ist, China zu okkupieren (welche Absurdität!), China aber einem Präventivschlag wahnwitziger sowjetischer Generäle (wie wir aus bekannt gewordenen Sandkastenspielen aus Ost und West wissen, gar nicht so absurd!) kaum etwas entgegen setzen könnte. Es gilt als sicher, daß eine kleine Fraktion im ZK und in der Armee für den Abschluß eines Grenzvertrages mit der Sowjetunion eintritt, der zwar keine ideologischen Differenzen lösen könnte, der aber die reale Gefahr eines Krieges (in dem es nichts zu gewinnen gibt) bannen sollte. Ein Trauma der Vergangenheit, das schon durch die neue Gesellschaft hervorgebracht wurde. In diesem Sinne: Hoffentlich keine Kontinuität.

-ple-



Wir können den Mond im Neunten Himmel umfassen
Und die Schildkröten fangen, tief in Fünf Meeren;
Wir kommen zurück – lachend und singend im Sieg.
Nichts ist schwierig in dieser Welt,
Ist da der Wille, die Höhen zu erklimmen.

(Mao Tse-Tung, Den Djingganschan wieder hinauf, Mai 1965)



Leserbriefe

LESERBRIEF ZU:
PAUL KOLM, Regierung und PCI, OL Sept. 76

Was muß die KPI eigentlich noch alles machen, damit sie manche ihrer Sympathisanten verliert? Haben dazu schon die unrühmlichen Stellungnahmen vor den Wahlen zur Abtreibungs- und Scheidungsfrage, zu EG und NATO nichts beigetragen, so ändert auch ihre Zustimmung zum Sanierungsprogramm der Regierung Andreotti Paul Kolms Einschätzung von der Richtigkeit der Politik der KPI nicht. Er verteidigt diese Haltung mit dem Argument, ein Abgehen der KPI von einer starren Oppositionspolitik würde die Bildung eines Rechtsblockes verhindern. In "offensiv links" vom Juli/August hieß es noch: "Die Lösung der ökonomischen Krise wird auf Kosten der Arbeiterklasse erfolgen - ob nur auf Kosten und in welchem Ausmaß, hängt nicht zuletzt von der Art und Weise der Kooperation der PCI mit den Bürgerlichen ab" (S.21). Eben. Die Details des Sanierungsprogramms sind mittlerweile bekannt, und sie gehen ganz nach dem Motto kapitalistischer Krisenlösung auf Kosten der kleinen Leute. Würden ähnliche Maßnahmen in Österreich ergriffen, die Linke würde aufschreien; in Frankreich haben die Gewerkschaften gegen die Barréschen Sanierungspläne den Generalstreik ausgerufen. Und in Italien soll es auf einmal revolutionäre Politik sein, "Mäßigung" zu bewahren? Die Anforderung an die Arbeiter, Lohnforderungen zurückzustellen, damit die Investitionen wieder in Gang kommen, ein "konstruktives Verhalten" der Gewerkschaften - das ist ja keine Verständigung mit den christdemokratischen Arbeitern, sondern nur eine Unterordnung unter eine christdemokratische Regierung. Und die hat mit den katholischen Massen soviel zu tun wie Helmut Schmidt mit dem Sozialismus.

Kritik an der sozialdemokratischen Politik der KPI wird gerne mit dem Hinweis auf "jene linken Gruppen, die die reine Lehre verteidigen", abgetan. Laut Zeitungsmeldungen hat die KPI aber auch Schwierigkeiten mit den Massen ihrer Mitglieder, die den "neuen Kurs" ihrer Parteiführung recht skeptisch verfolgen. Lauter Linksradikale?

Peter Lachnit

Da die nächste Nummer der "Aspekte" erst nach dem Bundeskongreß erscheinen wird, dieser Beitrag sich aber auf "Aspekte Nr. 60" (Diskussion zum Bundeskongreß) bezieht, drucken wir ihn in dieser Nummer der "offensiv links" ab.

Zur "Die Linke in der Isolation" A. Reiterer, Aspekte, Nr. 61

1) Vorbemerkung

In diesem Artikel sollte "keine detaillierte Analyse" "der objektiven Grundlagen" der Isolation der Linken erstellt werden. Fragen und Problemkreise wurden aufgegriffen, von denen viele dem Kern der Sache sehr nahe kommen. (z. B.: Das Problem der 'Arbeiteraristokratien' der Industrieländer; die Neue Linke und die Frage, warum ihre Bedeutung nur kurzzeitig so heftig war...) Auf diese Punkte näher und mit Konsequenzen sowohl theoretischer als auch praktischer Natur einzugehen ist längst an der Zeit. Zusätzlich wäre es nicht nur wünschenswert, sondern es ist für eine ergiebige und zweckmäßige Diskussion verschiedenster Probleme unerlässlich, die "Aspekte, Beiträge zur Theorie und Strategie der Linken" auszubauen. Theorie und Strategie dürfen nicht mehr länger das Betätigungsfeld praktisch nur von Insidern sein. Der, von diesem Kreis selbst nicht gewünschten Isolierung und der Gefahr des Obergenosstums muß begegnet werden. Um aber die Genossen und Genossinnen links unten mit einbeziehen zu können, ist der Informationsfluß zu gering. Ihn effektiver zu gestalten, sind die "Aspekte" zwar nur ein Schrittlchen (z. T. nur ein bürokratisch-technisches), aber eines und noch eines...

2) Das alte-neue Problem

Wie schon oben gesagt, wurden in diesem Diskussionsbeitrag wichtige Kriterien aufgezeigt, die das Problem der Isolierung der Linken andeuten. Trotz seines, der linken Theorie und Praxis gegenüber, kritischen Inhalts, wird ein altes-neues linkes Vorurteil nicht präzise genug formuliert. Ich meine damit folgenden Teil im Abschnitt III.:

"Eine weitere Möglichkeit wäre ein Zurückziehen auf die eigenen Bedürfnisse allein, um in einem Prozeß der Selbsterfahrung allein all das zu verwirklichen, woran man Mangel spürt: neue Lebensformen, neue Verkehrsformen usw. usw. Das jedoch bedeutet ein völliges Aufgeben aller politischen Arbeit, die nach außen hin wirksam werden soll. Es ist damit ein Aufgeben des politischen Anspruchs, ..."

Diese, von der Neuen Linken aufgegriffenen und weitergeführten, als "Sub-" oder "Gegenkultur" bekannten Lebensformen, auf die angespielt wird, haben, wie richtig bemerkt, zu einem großen Teil ihre politische Stoßkraft eingebüßt. Aber wo ist die Ursache dazu zu finden? Doch sicherlich nicht darin, daß die Notwendigkeit zur Bildung von "Gegenkultur" überhaupt nicht besteht. (Dazu ist

die ARENA, ihre Bedeutung und Idee, noch viel zu intensiv in Erinnerung.) Aber die anschließende Formulierung läßt ähnliches befürchten:

"Gegen diese Tendenz ist mitunter schwer aufzutreten, da sie sehr wohl gegen die ouvrieristische Tendenz eine Berechtigung hat." (Gemeint sind all jene, die den Marxismus ritualisieren und fetischisieren.)

Die Ursache "dieses Rückzugs auf eine Art private Befreiung" (H. Marcuse) ist meiner Ansicht nach in einer vorzeitigen Resignation und Desillusionierung zu suchen. Und wen wundert das bei der gegebenen Machtverteilung? Sind 2 000 auf der Straße, werden Polizeieinheiten mit der Schlagkraft von 4 000 Menschen geschickt; sind es 5 000, kommen entsprechend mehr Träger von Ruhe und Ordnung. Fliegen Steine, wird mit Tränengas, Wasserwerfern und Gummigeschossen vorgegangen: werden Molotow-Cocktails geworfen, wird "unser Freund und Helfer" mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstet (BRD!). Und last not least - wozu werden jährlich Milliarden ins Bundesheer investiert?

Angesichts der Macht des kapitalistischen Systems und der immer stärkeren Integration der Arbeiter in den Industrieländern (in Österreich, BRD, USA... an ein "Auftrüffeln der Arbeiterklasse" zu glauben, erübrigt sich immer mehr), kann eine radikale Gesellschaftsänderung zusehends nur mehr von Gruppen getragen werden, die außerhalb oder am Rand des materiellen Produktionsprozesses stehen. Diese Freiräume, die sich aus der Distanz und Nicht-Integriertheit zum Produktionsprozeß ergeben, haben das radikale politische Bewußtsein der Neuen Linken hervorgebracht. (Politisch nicht auf parteipolitisch und organisiert beschränkt). Nach dem Abflauen der Bewegung kam es rasch zu dieser verhängnisvollen Trennung von "Organisierten" und "Subkulturelern". (Vorurteile und Ablehnung beruhen auf Gegenseitigkeit.)

Und dennoch ist die gemeinsame Basis nicht völlig verschwunden. Als Beispiel sei ein Abschnitt aus der Widmung des Buches "Landkommunen in Nordamerika" von K. B. Vollmar angeführt:

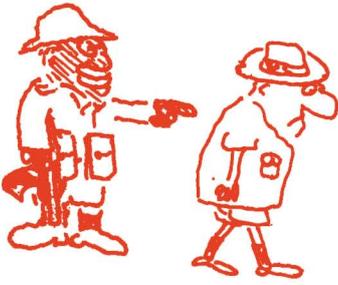
"Und den Politischen, selbst den Parteipolitischen gewidmet, die zwar uns nicht leiden können, die uns aber vor dem Faschismus beschützen. Sie gehen eben einen anderen Weg, der aber unserem letztendlich nicht widerspricht."

Dem Problem, das ich hier angeschnitten habe, wird meines Erachtens in der heutigen organisierten Linken zu wenig Beachtung geschenkt. Eine Diskussion in dieser Richtung wäre begrüßenswert.

Literatur: H. MARCUSE

"Scheitern der Neuen Linken?"

Harald Ahnelt



Die Welt blickt seit einiger Zeit gespannt auf Südafrika. Für alle lautet die Frage: Hat die letzte Stunde der weissen Rassisten im südlichen Afrika geschlagen? Die Befreiungskämpfe der unterdrückten schwarzen Völker werden zunehmend radikaler, in Rhodesien hat der Widerstand einen qualitativen Sprung nach vorne gemacht. Die Hinhaltungen der weissen Bourgeoisie hat die Schwarzen scharenweise zu den Waffen getrieben, die Guerillakämpfe sind in vollem Gange. Die schwarze Bevölkerung Afrikas hat von den siegreichen Befreiungskämpfen in den ehemaligen portugiesischen Kolonien mehr gelernt als die portugiesische Revolution selbst!

Je stärker der Widerstand gegen die weissen Unterdrücker wird, desto stärker und brutaler wird auch die Unterdrückung durch die Rassisten. Massnahmen, die an den Hitler-Faschismus erinnern (Aufbau von paramilitärischen Verbänden nach Vorbild der SS). Wen wundert's: War doch der jetzige Premierminister Balthasar Johannes Vorster im 2. Weltkrieg glühender Sympathisant des Hitler-Faschismus. Dieser Mann, der sich eine Zeitlang so "liberal" gegeben hat, ist auch für die faschistischen Rassengesetze verantwortlich – er war der Justizminister des Apartheid-Konstrukteurs Verwoerd.

In dieser Situation wird die neueste "Friedensmission" des amerikanischen Aussenministers Kissinger interessant. Es scheint absurd, dass sich ausgerechnet ein Minister eines Staates, der selbst überhaupt nicht mit seinen eigenen Rassenproblemen fertig wird (siehe die letzten Unruhen in Boston im Zusammenhang mit der Schulaktion), sich für die schwarze Bevölkerung in Afrika einsetzen will. Noch dazu der Mann, der im Zusammenhang mit Vietnam bewiesen hat, dass er selbst nicht mehr als ein politischer Gewaltverbrecher ist und keinerlei Interesse an einer grundlegenden Änderung der Machtstrukturen in Afrika haben kann. Bleibt also: Kissinger



will retten, was noch zu retten ist. Und zwar für die Weissen, nicht für die Schwarzen! Der Gedanke: Ihr habt zwar Fehler gemacht und eure letzte Stunde hat geschlagen, aber nun muss man euch helfen.

Kissinger will ja auch gar nicht in Südafrika aktiv für die Rechte der Schwarzen eintreten. Er lenkt ab von den Problemen in Südafrika, auf Namibia und Rhodesien, wo er eher Chancen für einen Erfolg seiner Mission sieht. Ein Mann wie er ist allerdings sicherlich nicht so naiv, dass er glaubt, die Bevölkerung Rhodesiens, die nun seit einiger Zeit einen bewaffneten Kampf gegen die weisse Bourgeoisie führt, sich mit der Lösung: Machtübergabe nach zwei Jahren zufriedengeben wird. Der Erfolg bleibt ihm sicherlich versagt. Die umliegenden Staaten haben sich mit seiner Lösung nicht zufrieden gegeben. Überhaupt kann von einer "Machtübernahme" im Kissingerplan keine Rede sein. Es sollen nur die formaldemokratischen Kräfteverhältnisse im Parlament und in der Regierung zurechtgerückt werden – die eigentliche Macht in den Besitzverhältnissen, in der Wirtschaft und in der Exekutive bleibt unter Kontrolle der Weissen, bleibt unangestastet.

1. Das Übergreifen von einer Schülerrevolte in den Slums Soweto und Alexandra auf einen allgemeinen Widerstand der Arbeiter (Demonstrationen, Streiks, etc.)
2. Die Solidarität der sogenannten "Farbigen" (Mulatten, in Südafrika Coloureds genannt) mit dem Widerstand der schwarzen Bevölkerung. Dazu kommt die wachsende Solidarität weisser Intellektueller (Studenten)

Vorster selbst denkt, wie er sagt, nicht an eine Machtübergabe. Aber auch der Widerstand in Südafrika hat eine neue Qualität gewonnen. Zwei Dinge sind geschehen, die noch vor

Südafrika vor der Revolution ?



einem Jahr nicht denkbar gewesen wären:



Der Widerstand hat somit einen sozialrevolutionären Charakter angenommen. Es geht den Schwarzen um die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse und damit (und das ist glaube ich, sehr wichtig), die Wiedererlangung ihrer Menschenwürde. Vom Arbeitstier für die weisse Bourgeoisie (siebzig Prozent der Arbeiter in der Industrie sind Schwarze, die nur zwanzig Prozent des Bruttonationalproduktes erhalten) zum Menschen.

Ein weiteres kämpferisches Potential ist noch vorhanden: Die schwarzen Diener ("Hauspersonal") der weissen Herren. Ergreift die Solidarität erst einmal diese ungeheure Vielzahl von Menschen, so hat die letzte Stunde der weissen Bourgeoisie geschlagen. Diese Menschen werden zur unmittelbaren Gefahr für die Weissen in ihren eigenen Häusern.

Es kann Kissinger daher nur darum gehen, Afrika als Spielfeld des amerikanischen Kapitals zu erhalten. Es geht ihm nur um eine Gleichstellung des amerikanischen Einflusses gegenüber der Volksrepublik China und der Sowjetunion. Dieser Plan wird scheitern: Angola hat es gezeigt, ebenso Mocambique, die übrigen Staaten werden diesen Beispielen folgen. Es ist nur noch eine Frage der Zeit.

W. S.



Solidaritätsveranstaltung
am 21. 10., 19h Porphaus
1010, Treitlstraße 4
FILM über SÜDAFRIKA
Es spricht ein Vorhörer des
ANC: Zola SONKOSI

Die Arena ist tot - es lebe die Arena!

Ihre erste Auferstehung feierte die "Arena-Idee" in den Worten jener, die ihr bestes gaben, sie zu vernichten. Rathauspolitiker und Medien bemühen sich redlich, das "Positive" der Arena, gemeinsam mit dem Bundesjugendring, 300 Meter neben dem Auslandsschlachthof zu installieren.

Die Bagger der WIBAG verwandelten den Auslandsschlachthof in eine Schutthalde. Der Gemeinde gelang es, mit täglichem Nervenkrieg (Polizeieinsätze mit etlichen Verhafteten), mit Strafanzeigen und bürokratischen Schikanen und schließlich mit der Absperrung von Strom, Wasser und Telefon, ein 15 Wochen besetztes Gebiet wieder zu gewinnen. Die Besetzer wichen der Gewalt, weil sie dezimiert und erschöpft unter diesen ungünstigen Bedingungen, auch nicht symbolisch die Arbeit an einem Kultur-, Jugend- und Kommunikationszentrum aufrecht erhalten konnten. Der Gemeinde gelang es jedoch nicht, eine spontan entstandene, gegen sie gerichtete Bewegung, ihren Absichten vorzuspinnen.

Welche Beispielwirkung die Arena für zukünftige autonome Bewegungen hat, ist noch nicht abzuschätzen. Fragen der Stadtplanung, der Jugendzentren, der Kulturpolitik und der sogenannten Randgruppen wurden kaum jemals zuvor auf eine solch praktische Art aufgezeigt. Seit Jahrzehnten waren in Österreich "Selbstverwaltung" und "Besetzung" Tabus, jetzt wurden sie zu einem allgemeinen Diskussions-thema.

Die Aktivität der Betroffenen entwickelte eine Dynamik, die bisher unvorstellbar war. Der Begriff Kultur wurde von vielen zum ersten Mal in seiner kämpferischen, solidarischen, politischen Dimension erlebt. Das Kampfmittel einer aktiven Besetzung wird sicher Schule machen. Die Arenabewegung mußte jedoch, gerade wegen ihrer neuen Qualität mehr Fragen aufwerfen, als sie selbst lösen konnte.

Das letzte Alternativangebot der Gemeinde (Freibank) war ihr Mittel, um in die Offensive zu kommen. Ziel

dieses ultimativ gestellten "Angebots" war es, die Bewegung zu spalten und in der Öffentlichkeit eine Argumentationsbasis zu finden. Andererseits stellt es aber als indirektes Produkt der Bewegung sicher auch einen Erfolg dar. Die Arenabewegung mit vielfältig artikulierten Bedürfnissen, ließ sich nicht in das Korsett einer von der Gemeinde abgesteckten Spielwiese drängen. Die Initiatoren der Freibank werden aber auch nicht an den von der Arena aufgeworfenen Fragen vorbeigehen können.

Teile der Arenabewegung arbeiten an einem Projekt einer Stadtzeitung, andere versuchen, ein bißchen schöpferische Unruhe in Jugendzentren zu tragen. Bauspekulanten werden es in Zukunft nicht ganz so leicht haben, die Erfahrungen der letzten drei Monate werden sich sicher auch in anderen Bereichen niederschlagen. Die Arenabewegung als eine geschlossene Gruppe von Aktivisten mit einem

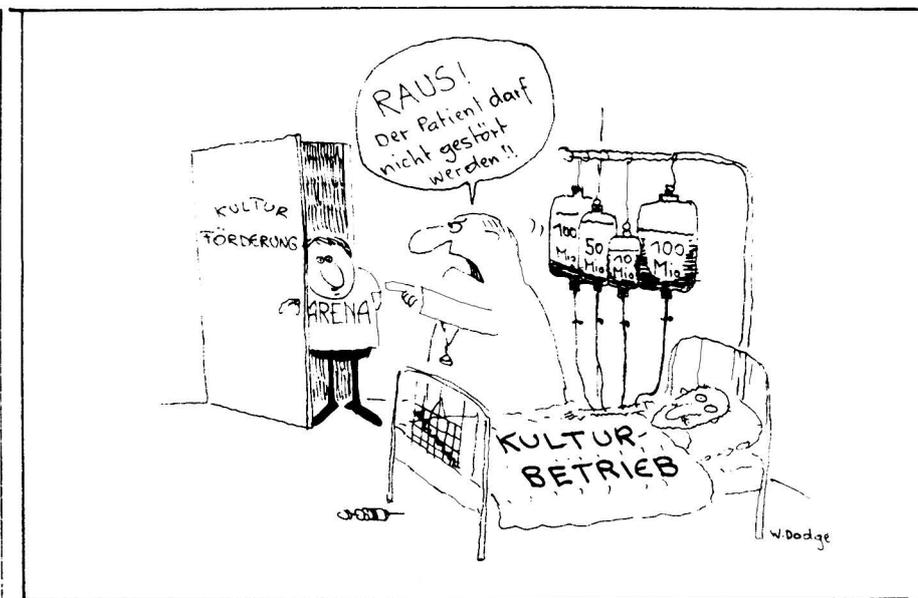
konkreten, kurzfristigen Ziel existiert momentan nicht. Die Arenabewegung als Beispiel interessenorientierter Selbstorganisation lebt weiter.

Für die Fortsetzung von Arena-Aktivitäten unter den neuen Bedingungen ist es notwendig, das bisherige Geschehen einer kritischen Einschätzung zu unterziehen. Es geht hier nicht um Leichenfledderei, sei es auf resignativ-selbsterstörerische oder besserwissende Art. Zu einer umfassenden Analyse fehlt auch die gefühlsmäßige und zeitliche Distanz.

Mauern oder Inhalte?

Ist die Arena der Inhalte der Mauerfrage geopfert worden? Es wird den Arena-Akteuren vorgeworfen, sie hätten zu sehr die Frage der Örtlichkeit hochgespielt. Die Arena als Idee sei grundsätzlich nicht an Örtlichkeiten gebunden. Die Freibank sei mieser als der Auslandsschlachthof, aber





auch dort könne man etwas Verwirklichen, was in der übrigen trostlosen Umwelt einmalig sei. Es sei zwar schmerzvoll, einen Kompromiß einzugehen, aber man müsse die realen Machtverhältnisse berücksichtigen.

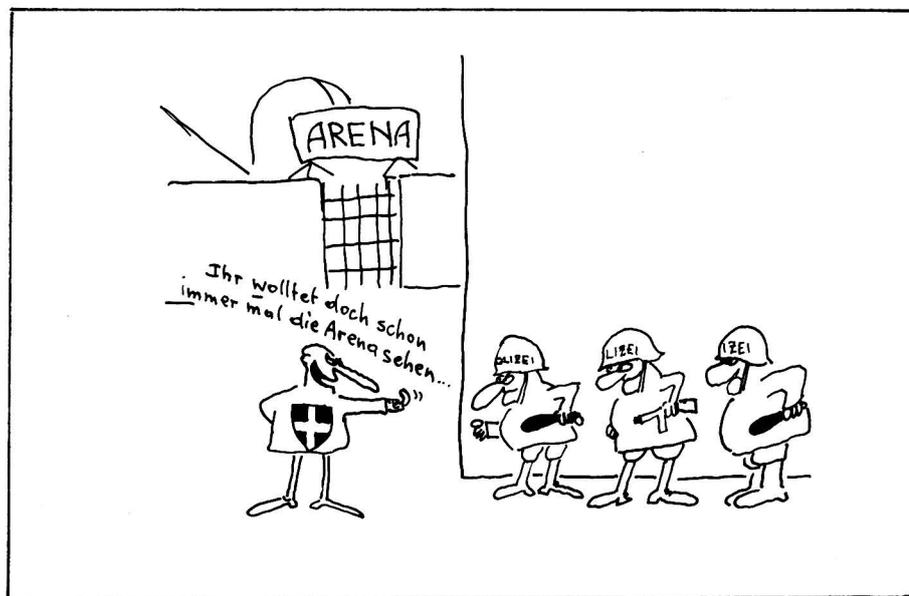
Zugegeben: Ein großer Z-Klub in Wien ist recht angenehm und unter anderen Voraussetzungen auch ein enormer Erfolg eines konkreten Kampfes. Diese Argumentation beißt sich aber in den eigenen Schwanz. Hier wird eine Räumlichkeit als Kampfziel einer anderen mieseren Räumlichkeit als Kompromiß gegenübergestellt. Eine Bewegung kann aber nicht nur an ihren konkreten unmittelbaren Ergebnissen gemessen werden. Viele Arena-Akteure waren nicht deshalb skeptisch gegenüber einer Übersiedlung, weil sie so sehr an der eigenen Scholle hingen, sondern weil sie mit einem solchen Schritt die Autonomie der Bewegung

gefährdet sahen. Sie bestimmten die Autonomie inhaltlich. Trotz enormer Lernprozesse in Selbstverwaltung und trotz der Setzung gewisser Keime von Gegenkultur fühlt man sich außerstande, den enormen gegenwärtigen und zukünftigen Pressionen und Integrationsversuchen der Gemeinde ein widerstandsfähiges Gegenwicht entgegenzustellen.

Maximalistische (d. h. unerfüllbare) Forderungen lassen auf die Dauer eine Bewegung zerbröckeln. Autonomie und spontane Kämpfe beginnen meist auf "programmloser" und "unrealistischer" Art. In jeder nicht total von einer Gruppe vorprogrammierten Kampagne wird zunächst das allgemeine vielfältige Unbehagen mit der Gesellschaft zum Ausdruck kommen. Solche Bewegungen würden sehr viel an Schlagkraft und Tiefe verlieren, versuchte man sie von vornherein auf einige wenige ganz konkrete "realistische" Ziele festzunageln.

Es ist also das ewige Problem von Basisbewegungen, das in jeder Situation neu überdacht werden muß: Wann ist man gefestigt und stark genug, um Kompromisse und damit eine teilweise Integration verdauen zu können?

Wir waren nicht stark genug um den Auslandsschlachthof zu gewinnen. Zuwenig stark in zweierlei Hinsicht: Die Gemeinde und die Behörden konnten sich schließlich mit ihren Schikanen durchsetzen. Was aber für die Ablehnung der Freibank entscheidend war, war ein mangelndes Selbstverständnis über unsere Vorstellungen der Organisation einer Gegenkultur. Diese Feststellung ist nicht als bornierte Kritik an der bisherigen Arenabewegung zu bewerten. Mit den scheinbar eindeutigen Vorstellungen der KPÖ, ein klares Finanzkonzept zu erstellen, "fortschrittlichen Kulturschaffenden" ein größeres Gewicht einzuräumen und eine Kultur "für" die Werktätigen zu praktizieren, ist nicht viel getan. Wir scheiterten nicht wegen fehlenden ausgetüftelten Papieren. Es ist nicht so schwierig, ein massenwirksames Programm mit Protestsängern anstatt mit Austropop zu organisieren. Schwieriger wird es aber, Ansätze zu verwirklichen, die Kultur nicht als Konsum sondern als Selbstverwirklichung der eigenen Interessen bestimmen. Die Arena lebte wegen solcher Versuche, sie scheiterte aber auch vorläufig daran. Eine Arena ohne vielfältigster Initiativen, ohne Kinder-, Frauen- und Soldatenhaus, ohne einer Verschränkung von Kultur-, Kommunikation, Politik und konkreten Kampf wäre schon auf dem Schlachthof St. Marx bald zu einem größeren Z-Klub erstarrt. Wir kamen aber mit diesen Ansätzen nicht weit genug. Uns fehlte dazu einerseits die Infrastruktur, andererseits befanden wir uns noch zu sehr im Anfangsstadium, in der "chaotischen Phase", alles war noch zu vorläufig und unsicher. Zusehr war alles auf Leute zugeschnitten, die es sich leisten können, kurzzeitig über ihren psychischen und zeitmäßigen Schatten zu springen. Die entscheidende Barriere war bestimmt das Fehlen früherer ähnlicher Erfahrungen. In einer solchen Größenordnung gab es in Wien in den letzten Jahren keine eigenständige und spontane Initiative. Einer praktischen Ausweitung von Kultur in Richtung der Formulierung kultureller, sozialer und politischer Interessen stand die Friedhofsruhe der



österreichischen Situation im Wege. In Ländern mit kämpferischer Tradition finden solche Bewegungen einen größeren Rückhalt und sie selbst bewirken eine klassenspezifische Ausstrahlung.

Die bürgerlichen Medien

Zu einem beträchtlichen Ausmaß sorgten linke und linksliberale Journalisten in den nichtsozialistischen Zeitungen und im ORF für die Publizität der Arenabewegung. Werden normalerweise Besetzungen und autonome linke Ansätze bloß als chaotisch oder kommunistisch verteufelt, so gewährten diesmal die bürgerlichen Medien auch ihren linken Feigenblättern Raum zur Berichterstattung über die Arena. So las man wochenlang auf den Kulturseiten verständnisvolle Artikel, während auf den Lokalseiten derselben Zeitungen Greuelmärchen von Ausätzigen und Verbrechern des Arengeländes berichtet wurden. Als die Rathausbürokratie nach dem Gemeinderatsbeschuß auf stur schaltete, war es allerdings auch mit dieser freundlicheren Berichterstattung zu Ende.

Die durch die Medien geschaffene breite Publizität der Arena war nicht nur eine Hilfe. Die Arenabewegung wurde dadurch auch verleitet zu sehr auf diese Art der Öffentlichkeitsarbeit zu bauen. Sie verzichtete – höchstwahrscheinlich unbewußt – sich mehr auf einen eigenen Propaganda- und Diskussionsapparat zu orientieren. Weiters bedeutete die kontinuierliche Berichterstattung in den bürgerlichen Medien einen indirekten Zwang zur Veranstaltung von publikumswirksamen

Massenveranstaltungen. Bei der beschränkten Anzahl von Aktivisten stellte dies sicherlich eine Verlagerung des Aufbaus von inneren Strukturen (inhaltliche Arbeitsgruppen) zu einer Organisierung von Monsterprogrammen dar. Das Eingehen auf Verhandlungen mit der Gemeinde Wien war notwendig es war die einzige Möglichkeit, weiter eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Aber viele unserer Diskussionen waren zusehr auf die Medienöffentlichkeit als auf unsere eigenen Bedürfnisse zugeschnitten. Die Plenarsitzungen befaßten sich ab August fast ausschließlich nur mehr mit den Verhandlungen des Komitees

mit der Gemeinde aus, was bestimmt auf die ständigen Legitimationszwänge gegenüber den bürgerlichen Medien zurückzuführen ist.

Selbstverwaltung für alle?

Von ihrem Anspruch her konnte die Arena nicht bloß von den ganztägigen Besetzern getragen werden. Nicht nur die Bewohner des Geländes, sondern in hohem Maß diejenigen, die in ihrer Freizeit kamen, um ihre Bedürfnisse einzubringen oder auch nur



mit der Gemeinde Wien. Das innere Leben im Auslandsschalchthof St. Marx oder programmatische Auseinandersetzungen über Formen von Gegenkultur und offener Kommunikation wurden kaum mehr berücksichtigt. In einer Situation der Unsicherheit und des Kampfes um ein konkretes Ziel ist es sicher unmöglich so zu tun, als gehöre einem das Gelände ewig, als könnten wir deshalb zielstrebig den Aufbau einer auf längere Zeit geplanten Gegenkultur in Angriff nehmen. Der Mangel an solchen Diskussionen drückte aber auch eine zu kurzfristige Orientierung auf die Verhandlungen

das Programm zu konsumieren, sollten und mußten die Träger der Selbstverwaltung sein.

Daraus resultierten eine Unzahl von Problemstellungen: Von der Herstellung einer Infrastruktur über Wohnprobleme, inhaltliche Gestaltung, Einbeziehung neuer Interessenten, Bildung von Arbeitsgruppen und Ausmaß ihrer Autonomie, bis zur eigenständigen Entfaltung von Öffentlichkeitsarbeit, die nicht bloß Reklame, sondern inhaltlicher Ausdruck der Bewegung sein sollte. Das Plenum konnte in der Anfangszeit diese Fragen nur anschnitten, es mußte sich später zur wirklichen Klärung auf einige Aspekte beschränken. Zusätzliche Diskussions- und Entscheidungsebenen wären die Voraussetzung einer breiteren Einbeziehung und intensiveren Klärung gewesen. Die Arbeitsgruppen waren dazu nicht in der Lage und das Komitee war von vorneherein eher für das Agieren in der bürgerlichen Öffentlichkeit bestimmt.

So konnte nur bei einigen konkreten Fragestellungen ein breiter Diskussionsprozeß erfolgen. Vermittelte und vielfältigere Probleme wurden mehr und mehr von Einzelpersonen oder Gruppen gelöst, was eine reale Ver-





Wiener Kulturpolitik

engung der Bewegung zur Folge hatte. Selbstverwaltung wurde mehr zur Verwaltung als zum Kampfmittel zur Entwicklung alternativer Inhalte.

Träger der Bewegung

Vom explosiven, spontanen Beginn abgesehen, ist es nur in geringerem Ausmaß gelungen, Berufstätige ins aktive Besetzer-Leben einzubeziehen. Unter den ungünstigen objektiven Bedingungen war es nur bestimmten privilegierten Schichten möglich, sich zu engagieren. Arbeiter und Angestellte, die am Arbeitsplatz kaum Möglichkeiten zur politischen Artikulierung vorfinden, deren Wohnverhältnisse und realen Probleme nicht kollektiv hinterfragt werden, waren kaum motiviert, sich für ein selbstverwaltetes Kulturzentrum einzusetzen. Ihre weit reichende politische Dimension hatte die Arena so eher als Symbol für das eigenständige Aufgreifen von Interessen und Bedürfnissen.

Der "Freiraum" Arena wurde auch mehr und mehr zum Anziehungspunkt für die, die unsere "humane" Gesellschaft ausgestoßen hat. Nach einem anfänglichen Nebeneinander der "Randgruppen" und "Zivilisierten", kam es hier zu einigen Ansätzen von Zusammenwirken, die sicher für die Zukunft von Bedeutung sind. Jedoch wurden auch durch diese Konfrontation Probleme akut, die unbewältigbar waren. Es wurden die herkömmlichen Formen der Konfliktlösung abgelehnt (Polizei), wir waren jedoch nicht in der Lage, eigene Normen zu finden. Die Bereitschaft, sich mit den entstehenden Problemen zu beschäftigen, war oft eine rein caritative, dadurch wurden eine Reihe von Fehlern

verursacht. Mit zunehmender Intervention von außen (Provokationen, Polizeiterror) und reduzierter Aktivität auf dem Gelände nahmen auch die Schwierigkeiten mit den Randgruppen derart zu, daß sie zum echten Hemmschuh wurden. Trotzdem sei denen, die hier "Verantwortliche" suchen noch einmal gesagt, daß sie selber in ihren Publikationen die wirklichen Verantwortlichen für ein derartiges Ausmaß an Elend, anprangern.

Die Linke und die Arena

Die Arena hat ohne Zweifel neue Formen der Zusammenarbeit von linken Organisationen aufgezeigt. Ein großer Teil der Aktivisten waren Mitglieder verschiedener Gruppen und Organisa-

tionen, die unsektiererisch zusammenarbeiteten. Diese Aktionseinheit von unten wurde von der KP "übersehen", die in altbewährter Manier auftrat – und auf Grund ihres bevormundenden und völlig eindimensionalen, auf den kulturpolitischen Aspekt beschränkten Agierens sehr bald – wenn auch unfreiwillig – abtrat. Vor allem im letzten Monat drängte sich auch die Frage auf, ob diese neue Form nicht bloß dem Überraschungseffekt zu danken ist. Über Monate hinaus war keine der Kadergruppen in der Lage, auf die aufgeworfenen Fragen Antworten zu geben. In den letzten Wochen war jedoch zunehmend fraktionsweises Vorgehen zu bemerken, das sich kaum inhaltlich begründen ließ. Demonstrationszeitpunkte und der "Verrat der sozialdemokratischen Agenten" waren die beliebtesten Ansatzpunkte der vom Urlaub zurückgekehrten Avantgarden. Trotz dieser Schwierigkeiten sind Elemente der Zusammenarbeit vor allem zwischen Unorganisierten und Mitgliedern linker Organisationen entstanden, zwischen Mitgliedern der Sozialistischen Partei und Linken außerhalb der SP, die für weitere Initiativen von nachhaltiger Bedeutung sein werden.

Langbein/Steiner



„offensiv links“ FRAGEBOGEN

Dieser Fragebogen soll der Redaktion helfen, ein besseres Bild von den "offensiv links"-Lesern zu erhalten, um dadurch die Zeitung besser gestalten zu können. Wir möchten daher alle Leser dringend ersuchen, die Fragen durch ankreuzen zu beantworten und den zusammengehefteten Fragebogen möglichst bald an uns zu schicken.

1. Angabe des Bundeslandes, in dem der Wohnort liegt
.....
2. männlich weiblich
3. Altersangabe
4. Angabe des Berufes und der Branche (also z. B. nicht "Angestellter", sondern "Versicherungskaufmann"; bei Studenten Studienrichtung)
.....
5. Der Betrieb, in dem ich arbeite, hat
 a) bis 10 Beschäftigte
 b) bis 50 Beschäftigte
 c) bis 100 Beschäftigte
 d) über 100 Beschäftigte
6. Ich bin Mitglied
 a) der Bewegung für Sozialismus (FÖJ)
 b) der Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit
 c) anderer politischer Organisationen und zwar:
.....
 d) keiner politischen Organisation
7. Ich besuchte bisher den Club Links
 a) häufig (mehr als 10-mal im Jahr)
 b) gelegentlich
 c) nie
8. Ich bin am Badeplatz der BfS(FÖJ) am Neufeldersee
 a) häufig (mehr als 5-mal im Jahr)
 b) gelegentlich
 c) nie
9. Ich nehme an politischen Veranstaltungen teil (Informations-Diskussionsveranstaltungen, Demonstrationen usw.)
 a) häufig b) selten c) nie
10. Ich habe Interesse an Arbeitskreisen
 a) ja (an welchen Themen?)
.....
 b) nein
11. Ich lese regelmäßig Tageszeitungen
 a) ja (welche?)
.....
 b) nein, nur gelegentlich
12. Ich lese regelmäßig Wochen- Monatszeitungen, Magazine
 a) ja (welche?)
.....
 b) nein, nur selten
13. Ich lese die "alternative" (Zeitschrift der GE)
 a) regelmäßig b) selten c) nie
14. Ich lese das "Wiener Tagebuch"
 a) regelmäßig b) selten c) nie
15. Ich lese andere linke Zeitschriften
 a) regelmäßig (welche?)
.....
 b) selten
 c) nie
16. Ich bekomme die "aktuelle information" der BfS
 a) ja b) nein
17. Ich lese "offensiv links"
 a) regelmäßig b) selten
18. Ich lese "offensiv links" seit
 a) der 1. Nummer (März 1974)
 b) einem späteren Zeitpunkt (seit wann ungefähr?)
19. Ich bekomme "offensiv links"
 a) im Abonnement
 b) von Arbeitskollegen oder Studienkollegen
 c) von Freunden, Bekannten, die keine Arbeitskollegen sind
 d) durch anderes (wodurch?)
20. Ich lese in "offensiv links" (Mehrfachangaben möglich)
 a) alles
 b) meist nur einzelne Artikel und zwar
 o eher innenpolitische Themen
 o eher außenpolitische Themen
 o eher gesellschaftspolitische Themen
 o richtet sich nach interessantem Titel
21. Ich kam mit "offensiv links" in Kontakt
 a) durch Bekannte am Arbeitsplatz, Universität
 b) durch Bekannte außerhalb des Arbeitsplatzes, der Uni
 c) Straßenverkauf bzw. Büchertisch
 d) durch die Bewegung für Sozialismus (FÖJ)
 e) durch Werbeaussendungen
 f) Sonstiges (was?)

22. Ich gebe "offensiv links" weiter (Mehrfachnennung möglich)
- o a) an Arbeits-, Studienkollegen
 - o b) Freunde, Bekannte, Familienmitglieder
 - o c) gebe o.l. nicht weiter (warum ?)
-
23. Der Stil, in dem "offensiv links" geschrieben wird ist
- o a) gut lesbar
 - o b) zu kompliziert
 - o c) zu primitiv
24. Die graphische Gestaltung von "offensiv links"
- a) o übersichtlich o nicht übersichtlich
 - b) o genügend Karikaturen o zuwenig Karikaturen
 - o zuviel Karikaturen
25. Ich lese "offensiv links" weil ich mir erwarte
- o a) eine Gegen- bzw. Zusatzinformation zu anderen Medien
 - o b) Informationen zu bestimmten Sachgebieten (welche ?)
-
- o c) die Stellungnahme der BfS(FÖJ) zu bestimmten Themen
 - o d) theoretische Strategieartikel
 - o e) anderes (was ?)
- (Mehrfachnennungen möglich)
26. Theoretische Beiträge werden in der von der Bewegung für Sozialismus herausgegebenen unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift "aspekte" veröffentlicht.
- o a) Ich habe schon mehrere Nummern der "aspekte" gelesen
 - o b) Ich habe weniger als 3 Nummern der "aspekte" gelesen
 - o c) Ich kenne die "aspekte", habe sie aber noch nie gelesen
 - o d) Ich habe bisher noch nie von den "aspekten" gehört
27. "offensiv links" ist kein Zentralorgan. Ich finde das
- o a) gut
 - o b) es sollten mehr Stellungnahmen der BfS abgedruckt werden
 - o c) "offensiv links" sollte Zentralorgan der BfS sein
 - o d) ist mir egal
28. Folgende Kritik, Anmerkungen möchte ich noch zu "offensiv links" machen.

----- hier falten -----

Postgebühr beim Empfänger einheben

An den Vertrieb von
 "offensiv links"
 Belvedereg. 10
1040 Wien

MUSIK-DISKUSSION-AKTION-KOMMUNIKATION

CLUB LINKS

1020 Wien, Odeongasse 1 (Ecke Große Mohrengasse), Telefon: 24 70 402

Fr. 22. 10. **KUNST-EIN MEDIUM**
Einleit. Referat Otto Eder.

Sa. 23. 10. **ARAUCO**
die Gruppe singt und spielt im Club.

Fr. 29. 10. **VORAUSSETZUNGEN EINER
EMANZIPATORISCHEN
GRUPPEN THERAPIE**
Informationsabend über Gruppendynamik:
Vor- und Nachteile, Ziele. Es sprechen Mitglieder des Arbeitskreises für individuelle und kollektive Emanzipation (= man versteht Gruppenarbeit als individuell und politisch wirksam!!!!).

Sa. 30.10. **DER KONGRESS TANZT**
Mit ana braunan
Tintn...

Fr. 5.11. Verfaßt und gelesen von Harald Irnberger